Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.02, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 94. Freitag, den 23. April 1909. 20. Jahrgang.

Ein Aufruf an die reife Arbeiterschaft!

Zum Eintritt der Jugendlichen in die Fabrik schreibt Genosse Göhre folgendes:

„Die Feiertage sind nun vorüber und damit sind die Tage da, an denen viele von denen, die am Palmsonntag konfirmiert wurden, in die Fabriken eintreten müssen. Sei es als Lehrjungen und Lehrmädchen, sei es als Arbeitsburschen und Arbeitsmädchen. Der ganze Ernst der Arbeit tritt ihnen allen nun nahe. Wie es ihnen von nun an bei der Arbeit, in der Fabrik und Werkstatt ergehen wird, ob sie es leichter oder schwerer haben, ob sie ihre Arbeiten fröhlicher oder widerwilliger erfüllen werden, hängt aber nicht nur von der Art und dem Gegenstand der Produktion in ihrem neuen Lebenskreise, auch nicht nur von dem Unternehmer, Direktor und den Werkmeistern ab, in deren Hände sie gelangen, sondern ebenso sehr von den älteren Arbeitern und Arbeiterinnen, in deren Kreis sie ohne ihr Zutun hineingestellt werden. Ja, diese letzteren haben im Grunde das seelische und oft auch körperliche Wohl und Wehe dieser Jugendlichen noch mehr und entscheidender in der Hand, als Meister und Direktoren. Denn jeder aufgeklärtere Arbeiter weiß, daß es im Wesen der heutigen kapitalistischen Produktion liegt, daß der Direktor sich nur eben um die Leitung des Werkes, die Meister aber hauptsächlich um die Leistungen der einzelnen Arbeiter für den Betrieb kümmern, höchstens hier und da noch um deren politische Gesinnung. Im übrigen mögen die Arbeiter unter sich und mit den Jugendlichen verkehren, wie sie wollen; das geht sie, wie die meisten Meister glauben, garnichts an. So liegt denn auch das bißchen allgemeiner Erziehung der Jugendlichen in sehr vielen Werkstätten und Fabriken fast ausschließlich bei den älteren Arbeitern. Sie haben es durch die Art ihres Benehmens, ihres Umganges unter sich, ihrer Arbeitsanforderungen und Meinungsäußerungen gegen die Jugendlichen oft entscheidend in der Hand, wie diese sich körperlich, geistig und moralisch entwickeln. Und da muß konstatiert werden, daß es in dieser Beziehung vielfach noch sehr trübe aussieht. Noch bei weitem nicht ist die Auffassung der alten Zunftgesellen ausgestorben, daß man die unangenehmsten und oft auch schwersten Arbeiten eben dem Lehrling und Arbeitsjungen überlassen dürfe. Die Ausbeutung der Arbeitskraft der Jugendlichen geschieht nicht bloß durch Meister und Fabrikanten, sondern häufig auch noch durch den älteren Mitarbeiter und Gesellen. Noch trüber aber sieht's hierin oft noch in geistiger und moralischer Beziehung aus. Die Zahl der Arbeiter ist noch keineswegs ganz gering, die die jugendlichen Mitarbeiter noch immer nur als Gegenstand ihrer Launen ansehen. Es erscheint ihnen ganz selbstverständlich, weil althergebracht, daß sie sich vor ihnen in jeder Beziehung gehen lassen dürfen. Man schnauzt sie an, macht seine Witze mit ihnen, flucht vor ihnen, zotet vor ihnen, je nachdem, anstatt sie politisch und wirtschaftlich aufzuklären, sich um ihre Gedanken und Empfindungen fürsorglich zu kümmern, ihnen mit Rat und Handreichung beizustehen, sie als künftige Kampfgenossen anzusehen und dementsprechend achtungsvoll und wohlwollend zu behandeln. Wieviel Freudigkeit, Frische und Glauben an die Tüchtigkeit der Arbeiterklasse geht da häufig schon in diesen Jüngsten der Jugendlichen verloren! Wieviel schlechte Beispiele verderben da binnen kurzem die besten Vorsätze und Sitten! Zu wieviel späteren Sorgenstunden in den Herzen der Eltern dieser Jugendlichen wird da der Keim gelegt! Vor allem aber, wieviel strömende, jugendliche Begeisterung, die so leicht auf die Mühlen der Arbeiterbewegung hätte geleitet werden können, wird da rasch und oft für immer verschüttet! Wo immer, in Werkstätten und Fabriken, noch in dieser Beziehung von schon reiferen Arbeitern gesündigt wird, da ist jetzt Gelegenheit, alledem einen Riegel vorzuschieben. Alle ernsten und gebildeten Arbeiter und Arbeiterinnen in jeder Werkstatt müßten sich ohne viele Worte jetzt zusammenschließen, um durch freundliche und kameradschaftliche Art den Neueingetretenen entgegenzukommen, ihnen die neuen, fremden, ohnehin schwierigen Verhältnisse so leicht wie möglich zu machen, sie einzuweihen nicht nur in den Betrieb, sondern auch in die Grund- und Haupttatsachen unserer ausbeuterischen Wirtschaftszusammenhänge, durch ein gutes Beispiel auch moralisch auf sie zu wirken, sowie vor allem zu verhindern, daß die Rauhbeine und Rohlinge unter den Kollegen nach ihrer verderblichen Laune mit den Jugendlichen umspringen. Und das geht sehr wohl und sehr leicht zu verhüten; erst durch ernste und nachdrückliche Aussprache, sodann, wenn diese nicht hilft, durch alle die kleinen Mittel, die in jeder Arbeitsgemeinschaft zur Hand sind, um den Widerspenstigen zu pisacken, zu isolieren, zu boykottieren und der allgemeinen Verachtung preiszugeben, die er dann verdient. Denn nichts Verächtlicheres gibt es in der Tat, als die Gesinnung solcher Jugendlichen zu vergiften. Es ist eine Todsünde gegen den heiligen Geist der Solidarität, ein Wüten gegen das eigene Fleisch und Blut, die eigene Klasse. Während Partei und Gewerkschaften, Bildungs- und Erziehungsausschüsse alle Kräfte einsetzen, um die Arbeiterklasse nach allen Seiten hin zu heben und emporzubringen, arbeitet solche rückständige Gesellschaft mit Erfolg daran, diese mühsamen Fortschritte gerade unter den Jugendlichen von vornherein unmöglich zu machen. Darum hat nicht nur die Partei, sondern auch und vor allem Gewerkschaftsbewegung und Bildungs- und Erziehungsausschuß ein sehr brennendes Interesse daran, daß solche Gefahren für die Jugendlichen möglichst beseitigt werden. Vielleicht beschäftigen sich auch diese einmal mit der Sache. Vielleicht, daß in jeder größeren Fabrik ein oder einige Vertrauenspersonen ernannt werden, die speziell mit der Fürsorge und dem Schutz der Jugendlichen, auch vor der körperlichen und moralischen Gefährdung durch Angehörige der eigenen Klasse betraut werden. Die Arbeiterklasse, die berufen ist, eine neue, höhere Zivilisation der Menschheit zu erkämpfen, muß auch in dieser Beziehung unter sich auf „völlig reine Wäsche" halten."

* * *

Auch wir halten es für eine dringende Pflicht der erwachsenen Arbeiter und der Gewerkschaften, besser als bisher für die geistige und seelische Entwickelung der jungen Arbeiter in der Fabrik zu sorgen. Wie die Sozialdemokratie im Parlament mit aller Kraft für Kinder- und Mutterschutz eintritt, so müssen die Gewerkschaften für die Bewahrung der heranwachsenden Jugend sorgen. Denn wie die alten Proletarier, so läßt auch die Jugendlichen der kapitalistische Klassenstaat ohne Schutz und Fürsorge. Die Jugendlichen sind aber den Roheiten der Arbeitsherren wie der künftigen Arbeitskollegen noch viel wehrloser preisgegeben wie die Erwachsenen. Darum haben hier die Gewerkschaften noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Die erwachsenen Arbeiter sind durch die Agitation auf Grund ihrer besonderen Werkstattinteressen allmählich zum Verständnis der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung und unserer hohen Parteiideale erzogen worden. Auch der Weg zu den Herzen der Jugendlichen ist der Schutz ihrer Interessen, ihrer Persönlichkeit und ihrer Würde an der Arbeitsstelle, auf den Bauten, in der Fabrik und Werkstatt. Die Dankbarkeit der Jugend und ihr dauernder Gewinn für die Gedanken des Sozialismus wird der beste Lohn der neuen Mühe sein, der unverzüglich sich zu unterziehen unsere unermüdlichen Gewerkschafter die Pflicht haben.

Politische Uebersicht.

Die Antwort der Steuerkommission auf die Bülow-Deputation. Die Finanzkommission des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung der Branntweinsteuer-Vorlage fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Abgeordnete Frh. von Gamp (Rp.) das Wort zu einer Erklärung gegen die in der Presse laut gewordene Klage, die Kommission und besonders ihr Vorsitzender hätte durch ihre Sorglosigkeit das Fortschreiten der Finanzreform gefährdet. Die Vorwürfe seien gänzlich unberechtigt und zeigten von einem bedauerlichen Mangel an Sachkenntnis. Umfangreiche Steuergesetze, von deren Ausgestaltung im einzelnen Wohl und Wehe zahlreicher Menschen abhängen könnte, bedürfen gründlicher und sorgfältiger Vorbereitung in der Kommission, an der es bisher die Vertreter aller Parteien nicht hätten fehlen lassen.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) brachte dann den Empfang der sogenannten Steuerdeputation beim Fürsten Bülow zur Sprache und bemerkte, daß er es als sehr auffällig empfinde, mit wie wenig Nachdruck die Regierung auch bei dieser Gelegenheit die Volksvertretung gegen unberechtigte Angriffe in Schutz genommen habe. Man hätte erwarten sollen, daß der Reichsschatzsekretär von sich aus der Kommission die notwendigen Aufklärungen gegeben hätte; da das nicht geschehen sei, so solle man dem Schatzsekretär Gelegenheit geben, sich später zu der Sache zu äußern. Vertreter anderer Parteien schlossen sich diesen Darlegungen an.

Der aus der Budgetkommission des Reichstags herbeigeholte Schatzsekretär erklärte ebenso wie Bülows Gehilfe v. Löbell, daß in der Unterredung der Steuerdeputation mit dem Fürsten

Im alten Rödchen zu Weimar.

Von Helene Böhlau.

21] (Nachdruck verboten.)

Schlimpimperlein war wie ein Mensch mit Brandwunden gewesen, der liegen bleiben will, wo er liegt, dem es Entsetzen ist, angerührt zu werden, der nicht angesprochen sein will, keine Hilfe will, nur liegen in seiner Qual. — Heinrich Strobel hatte wie gebannt auf das unglückliche Mädchen gesehen.

Es war in ihrem Schmerz etwas so Scheues, so Gedrücktes; wie ein geschlagener Hund lag sie da. — Herzliebs letzte Worte dröhnten Strobel fort und fort in den Ohren.

„Heinrich, Heinrich!" hatte seine Anne gerufen und war ihm schluchzend um den Hals gefallen, „armer Heinrich!"

Der Förster aus Ilmenau war da zu ihnen getreten. „Ihm geschieht nichts. Jungfer Anne, kein Mensch wird ihm etwas anhaben. Der ist daran so unschuldig wie ich und alle, die dabei standen."

„Ja, gelobt sei Gott — das ist er! — Aber wie soll er mir denn je im Leben wieder froh werden", — da war sie in heiße Tränen ausgebrochen und war zu ihrer kleinen Schwester gegangen, hatte sie der Mutter aus den Armen genommen und sie still hinauf in die gemeinschaftliche Schlafkammer gebracht, hatte sie da auf ihr Bett niedersitzen lassen und war immer noch in heißen Tränen vor ihr niedergesunken — und so weinten die beiden Mädchen, ohne ein Wort zu finden, miteinander.

Mit einemmale fühlte Anne sich von ihrer Schwester zurückgestoßen, die richtete sich auf, streckte die Arme von sich und schrie auf: „Anne! — Anne! Anne! Der Vatter schlägt mich tot — Anne, was soll ich tun!" Dann stürzten die Tränen so wild und unaufhaltsam aus ihren Augen. Ihr Körper zuckte in Qual. Und Anne stand da und blickte beim Schein des trüben Lichtes mit entsetzten Augen auf die unglückliche Schwester.

„Anne, — Anne!" wimmerte die.

„Was willst Du denn? Was denn?" frug Anne zitternd. Ihr ahnte dunkel etwas und verschloß ihr den Mund, die Knie bebten ihr, die Lippen trockneten ihr aus und alles drehte sich wie im Kreise.

Sie frug nicht wieder.

So schwiegen sie beide und regten sich nicht.

„Anne" — jammerte es von neuem — „Anne."

Die fühlte sich durchschauert von dem Hilferuf, aber konnte sich nicht regen.

Da sank ihr die Schwester zu Füßen, umfaßte ihr die Knie und flüsterte ihr etwas so Jammervolles zu.

„Der Vatter schlägt mich tot! — Der Vater schlägt mich tot, wenn er's erfährt!" schrie sie.

Anne stand ohne sich zu bewegen, die Wangen brannten ihr vor Scham und Qual. — Sie schwieg — sie reichte der Schwester nicht die Hand. Sie rührte sich nicht und ließ sie sich zu Füßen liegen und sah, wie sie sich krümmte vor Angst und Qual. — Sah oder sah sie es nicht?

„Anne!" schrie die Schwester laut.

„Was soll ich nur tun!" rief Schlimpimperlein, „sprich doch, ich soll ..." und wieder weinte sie herzzerreißend.

„Ich soll mich umbringen — Du — das willst Du!" sagte Schlimpimperlein zitternd. — „Sag doch!" —

„Nein" — antwortete Anna wie im Traum.

Aber sie blickte nicht auf die Schwester, sondern geradaus vor sich hin.

„Was soll ich denn tun?" jammerte das arme verlassene Geschöpf, auf das ganz unvermittelt alle Schrecken des Lebens gefallen waren, Schuld und Tod. — Sie bekam keine Antwort.

Die Schwester wendete sich von ihr ab und ging ans Fenster, stand da ruhig, preßte die gefalteten Hände an die Stirn und sah in die Dunkelheit hinaus.

Schlimpimperlein schleppte sich auf ihr Bett, legte sich da hin und blickte mit zitternder Angst auf ihre Schwester wie auf ihren Richter. —

Schwere Schritte kamen die Treppe herauf.

„Der Vater", sagte Anne.

Sie faßt Schlimpimperleins Hand und preßt sie — und sieht auf die Schwester mit einem Blick — so gequält — so unglückselig, daß es der wie ein Schauer überläuft.

„Daß mir's der Vater nicht erfährt", sagt sie fest. „Du bist still." —

Jetzt legt sich eine Hand auf die Türklinke — der Förster tritt ein.

„Kind", sagt er bebend und sinkt am Lager seiner Jüngsten hin und faßt ihre Hand und küßt diese Hand, und Schlimpimperlein fühlt die Tränen ihres großen, starken Vaters auf die Hand tropfen.

„Vater! — Vater!" ruft sie fassungslos.

Annes Blick ist unerbittlich auf sie gerichtet. — Der Förster fährt fort, sein unglückliches Kind zu liebkosen.

Das Mitleid hat ihn nicht ruhen lassen. Er mußte bei ihr sein. Er sieht schlecht aus. Anne denkt: gerade als wenn der Bock kommen wollte.

Schlimpimperlein liegt stumm und still und läßt alles über sich ergehen wie einen reißenden Strom. Das plötzliche Todesentsetzen, ihr Schuldgefühl, ihre Verlassenheit, den bittern Schmerz, die Todesangst vor Schmach und Strafe, die Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit, die rührende Güte ihres Vaters, sein Mitleiden, seine Tränen, die wie Feuer brennen — und das Grauen vor ihrer stummen entschlossenen Schwester, die wie ein furchtbarer Engel in ihrer Reinheit vor ihr steht, die etwas unerbittlich von ihr zu verlangen scheint, die etwas will und weiß, wo es nichts zu wollen gibt, als den Tod, keinen Ausweg und keine Rettung. Aber das Erschreckendste von allem sind die Mitleidstränen des Vaters, die sich mit einem Wort, wenn sie die Wahrheit sagte, umwandeln würden zu einem grausenerregenden Schauspiel.

Sie liegt still und stumm. Ein Wort und eine Regung, und sie würde fassungslos sein. Es würde alles gestanden, alles gesagt sein.

Anne aber steht an ihrem Bettrande und läßt sie nicht aus den Augen.

Der Vater geht, nachdem er sein armes Kind auf die Stirn geküßt und ihr zum letztenmal zart und ängstlich mit den harten Fingern die Hand gestreichelt hat. — Er sieht schwerfällig und gealtert aus.

Und als er gegangen, bricht Anne zusammen und schluchzt, als wollte sie sich zu Tode weinen.

„Er darf nichts erfahren — nie!" — das ringt sich wieder und wieder zwischen dem heißen Schluchzen hervor. — „Guter allmächtiger Gott, hilf uns!" ruft sie sinnlos.

Schlimpimperlein graut es vor ihr. — Was war aus der vernünftigen Ludschevadel geworden!

Ihr schwindelt — sie kommt sich vor wie in die Hölle geworfen und sie weint und weint.

So vergeht die Nacht. Die herbstliche Morgendämmerung bricht an. Es wird fahl und hell. — Ludschevadel wäscht sich das Gesicht, das trostlose, verzweifelte Gesicht — steckt sich die Haare fest, bringt ihre Kleider in Ordnung und tritt an Schlimpimperleins Bett.

„Daß ich ruhig gehen kann" — sagte sie, „versprich mir, nichts zu tun ohne mich. — Versprich mir's und halt's Sei still."

Das sagte sie mit tiefem traurigen Ernst und reichte Schlimpimperlein die Hand hin.

Die wagte nicht die Hand zu fassen und blickte die Schwester an wie ein geschlagener Hund.

„Was willst Du denn nur?" frug sie — und zögerte mit ihrer Hand.

„Ludschevadel!" schreit sie mit zitternder Stimme — „Du willst doch — — Ludschevadel, ich fürcht' mich so. — Ich kann's nicht! Sag' ihm, daß er mich erschießen soll wie Urtebel — sag's ihm."

(Fortsetzung folgt.)

vertretung geübt worden sei. Dem hielt man allerdings aus der Mitte der Kommission sofort den Hinweis auf Bülows heftige Ausfälle gegen den Tabakverein entgegen.

Einigermaßen dramatisch gestaltete sich die Situation, als dann der Abg. Müller-Fulda vom Zentrum erklärte, ein Kommissar des Bundesrats gehe im Reichstag umher und bitte die Abgeordneten um die Angabe von Adressen einflußreicher Männer aus ihren Wahlkreisen, die man zu einer regierungsfreundlichen Steuerdeputation aufputschen könne. Gedrängt, Namen zu nennen, sagte Herr Müller-Fulda, daß der bekannte Flottenprofessor L. v. Halle, einstmals Leyo aus Halle genannt, sich in dieser Weise betätige. Der Schatzsekretär stellte in Abrede, daß die Regierung hinter dem eifrigen Bearbeiter der offiziösen und halboffiziösen Presse stehe; sie könne nur bedauern, wenn bei der Agitation für ihre Gesetzvorlagen, die ihr selbstverständlich freistehen müsse, Fehlgriffe im Uebereifer unterlaufen seien. Bei dieser Sache war es wirklich spaßhaft, die Entrüstung der konservativen Blockbrüder zu beobachten, deren Abneigung gegen offiziöse Bearbeitung der Presse gerade in dem Augenblick erwacht, wo sie gewahr wird, daß Herr v. Halle ein Freund der Nachlaßsteuer ist.

In der sachlichen Beratung wurde zunächst die Frage der Kontingentsdauer behandelt. Nur einzelne sozialdemokratische Mitglieder der Kommission schnitten die prinzipielle Frage der Kontingentierung bei dieser Gelegenheit nochmals wieder an, während die anderen Abgeordneten sich auf einen Zank beschränkten, ob das Kontingent auf 5 oder 10 Jahre festgelegt werden soll. Bei der Abstimmung siegten schließlich die Anhänger einer Kontingentsdauer von 5 Jahren. Dem starken Groll der Agrarier gegen die Spiritus erzeugenden Lufthefenfabriken gab ein Antrag Herold Ausdruck, der den Lufthefenfabriken nur die Entscheidung zwischen zwei Uebeln überlassen will: entweder sollen sie erklären, sie wollen ihren ganzen Spiritus denaturieren, bezw. ausführen, oder sie sollen sich einer Verkürzung ihrer Kontingente um zwei Drittel des bisherigen fügen. Die Erörterung über diesen rigorosen Vorschlag, der, wenn er angenommen würde, sicherlich eine erhebliche Verteuerung der zur Brotbereitung dienenden Hefe zur Folge haben würde, wurde noch nicht zu Ende geführt.

Die nächste Sitzung der Kommission findet am Donnerstag Vormittag statt. Von nächster Woche an sollen die Dienstage und Donnerstage ausschließlich der Kommissionsberatung gewidmet werden, während an den anderen Tagen in der bisherigen Weise am Morgen die Kommissionen und am Nachmittag 2 Uhr das Plenum tagen soll.

Als plumpe Theatermache entpuppte sich in der Finanzkommission gestern die steuerfreudige Deputation an den Reichstag, die niemand deputiert hatte. Ein Regierungsagent hatte die Ehrgeizigen zusammengetrommelt und zum Kanzler geschafft. Zur selben Zeit, da sich die achtzehn größten Säle Berlins mit einer Kopf an Kopf drängenden Menschenmasse füllten, die herbeigeeilt war, um gegen die Steuerpläne der Regierung zu demonstrieren, pustete man für Fürst Bülow also neununddreißig Männchen gegen den Reichstag auf, an den der Kanzler die drohend klingende Aufforderung richtete, noch in dieser Tagung unweigerlich 500 Millionen neuer Steuern bereitzustellen. Die Agrarier werden sanft gestreichelt, die Nachlaßsteuer wird fallen gelassen und eine Erbanfallsteuer versprochen, die den „alten Freunden" wohl gefallen soll. Aber ein Unwetter des Zornes entlädt sich über den unglücklichen deutschen Tabaksteuerverein, der als nationaler Feind dem allgemeinen Abscheu preisgegeben wird. Damit ist der Ulk noch lange nicht zu Ende. So sollen zum Beispiel 70 bis 80 Millionen Mark durch die sogenannten Ersatzsteuern aufgebracht werden, die an Stelle der bereits gefallenen Gas-, Elektrizitäts- und Inseratensteuern eingeflickt werden sollen. Wie diese Ersatzsteuern aussehen werden, davon hat Fürst Bülow noch keine Ahnung, darüber sagt er auch kein Wort, damit werden sich die verbündeten Regierungen erst zu beschäftigen haben. Aber der Reichskanzler erklärt seinem „Volke" schon jetzt mit drohend gefalteter Stirn, der Reichstag müsse diese 70 bis 80 Millionen Steuern annehmen, und zwar sofort, noch in dieser Session, noch in dieser Tagung, ja sogar noch ehe er wieder auseinander geht. Der Reichstag wird aber ungefähr in einem Monat wieder auseinandergehen, um in die Pfingstferien einzutreten, und wird dann wohl nur mehr zu einer kurzen Junitagung wieder zusammentreten. Bis dahin, das heißt binnen vier bis sechs Wochen, soll die deutsche Volksvertretung nicht nur 420 Millionen Steuern, die schon in Beratung stehen, sondern außerdem noch die 80 Millionen Steuern, von denen heute noch kein Mensch weiß wie sie aussehen, in erster, zweiter und dritter Lesung bewilligt haben!

Wenn nicht, was dann? Dann ist's natürlich auch noch so, und dann hat sich höchstens wieder einmal einer blamiert, der das Blamiertsein längst gewohnt ist. Aber selbst die agrarische „Deutsche Tageszeitung" sieht ein — was die sozialdemokratische Presse seit Wochen tauben freisinnigen Ohren predigte — daß die offiziöse „Volksbewegung" eine Aktion des Reichskanzlers gegen den Reichstag ist und es ist erfreulich, daß ihr wahrer Charakter in der Kommission enthüllt wurde.

Die Versprechungen des Zentrums. Die „Kreuzzeitung" stellt am Dienstag Betrachtungen darüber an, in welcher Lage sich das Zentrum gegenüber der Reichsfinanzreform befindet. Selbst von leitenden Regierungsstellen sei dem Zentrum bedeutet worden, daß man seine Mitarbeit nicht wünsche, und es sei verständlich, daß das Zentrum darüber nicht gerade erfreut sei. Aber eine Partei von der Stärke des Zentrums müsse ihr Verantwortlichkeitsgefühl auch dann bewahren, wenn sie nicht zu direkter Mitarbeit berufen sei, und von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt es die „Kreuzzeitung", wenn in den letzten Tagen mehrfach in der Zentrumspresse der Gedanke propagiert wurde, daß bei einem Bedarf von 500 Millionen Mark nicht 100, sondern 250 Millionen auf dem Wege direkter Steuern aufgebracht werden müßten. Die „Germania" kommt am Dienstag Abend auf den Artikel zu sprechen und bedauert lebhaft, daß das Zentrum falsgestellt wurde. Der Reichskanzler mache lieber eine dem Zentrum, und nur aus Furcht vor den liberalen konfessionellen Hetzern folgen jetzt auch die Konservativen diesen Spuren. — Das Zentrumsblatt wirft die Frage auf, was wohl die Konservativen unternehmen würden, wenn der Reichskanzler sie auch nur annähernd so behandeln würde, als wie jetzt das Zentrum. Sie würden in der rücksichtslosesten Weise vorgehen und nicht eher ruhen, als bis der Reichskanzler beseitigt wäre. Sie würden genau so wie zu Caprivis Zeiten auf den von ihnen sonst gern proklamierten Grundsatz, daß der König die Minister zu ernennen und zu entlassen habe, einfach pfeifen. Das Zentrum werde das Bestreben haben und sein ganzes Verhalten danach einrichten, daß das Land vor schlechten und ungerechten Steuern bewahrt bleibe. — Was diese Redensart für einen Wert hat, weiß jeder, der die bisherige indirekte Belastung des Volkes kennt. Sie wurde geschaffen mit Hilfe des Zentrums, zum Teil sogar auf seine Anträge hin. Das Zentrum, wenn es zur Regierung kommt, wird die Arbeiterklasse durch die neue Steuergesetzgebung genau so mißhandeln, als durch die frühere.

Die Zahl der sozialdemokratischen Vereinsmitglieder und der Mitläufer bereitet augenblicklich der bürgerlichen Presse schwere Sorgen. Merkwürdigerweise gerade im Anschluß an die Mitgliederzahlen unserer größten Vereine, der Berliner nämlich, macht sich diese Unzufriedenheit bemerkbar. Es wird da mitgeteilt, daß in Groß-Berlin bei den letzten Reichstagswahlen sozialdemokratische Stimmen in folgender Zahl abgegeben wurden: In Berlin I 5042, Berlin II 85.286, Berlin III 14.259, Berlin IV 82.039, Berlin V 15.029, Berlin VI 99.560, Teltow-Beeskow-Charlottenburg 104.104, Nieder-Barnim 57.862. Die Zahl der Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine betrug dagegen am 1. Dezember 1908 in Berlin I 711, Berlin II 6114, Berlin III 2412, Berlin IV 20.967, Berlin V 1727, Berlin VI 25.641, Teltow-Beeskow 22.192, Nieder-Barnim 11.105. Im ganzen stehen in Groß-Berlin 113.181 sozialdemokratischen Wählern bei den letzten Reichstagswahlen 90.860 Mitglieder sozialdemokratischer Wahlvereine gegenüber. Nun möchten wir eine einzige bürgerliche Partei sehen, bei der die Zahl der organisierten Mitglieder 20—25 Prozent der Wähler beträgt. Das gibt es weder bei den liberalen, noch bei den konservativen Gruppen, ja nicht einmal bei den Ultramontanen. Die Liberalen aller drei Richtungen haben in ganz Deutschland nicht entfernt 90.000 Vereinsmitglieder, also nicht einmal soviel als die Berliner Sozialdemokratie allein. Die Freisinnige Vereinigung der Herren Pachnicke und Naumann z. B. zählt in ganz Deutschland reichlich 6000 Mitglieder! Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme würden sich alle Finger lecken, wenn sie auch nur annähernd mit solchen Ziffern zu rechnen hätten als die Berliner Genossen. Das Bedauern der bürgerlichen Blätter wirkt unter diesen Umständen hochgradig komisch.

Der Reichstag führte am Mittwoch zunächst die Debatte über die Petition der Kommunalaerarier zu Ende, die die Fristverlängerung für die Aufhebung des städtischen Oktrois zu verlangen die fröhliche Unbelangenheit haben. Die Volksfeindlichkeit dieses Verlangens wurde vom Genossen Ulrich beleuchtet. Inzwischen war auch den Herren Bassermann und Erzberger angst und bange geworden bei dem Gedanken, daß wieder eine Zuckerkruste von der Schutzzollpille abgekratzt werden sollte, und im Freisinn war es augenscheinlich gelungen, den bayerischen kommunalpartikularistischen Zolleifer des Herrn Manz zu isolieren. So wurde denn mit überraschend großer Mehrheit der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Debattelos wurde in dritter Lesung der polnische Antrag gegen die borussische Landräuberei angenommen.

Es folgte ein ziemlich nichtssagender antisemitischer Antrag zu Gunsten des Erfindungsrechts der Privatangestellten. Die um Liebermann wollten sich billigen sozialpolitischen Lorbeer erschleichen und Lattmann benutzte die Gelegenheit, mit einem Sammelsurium platter Gemeinplätze die etwa noch anwesenden Volksvertreter aus dem Saale herauszugrauen. Der höchst allgemein gefaßte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Neue Attentate gegen die Freiheit des Religionsunterrichtes. Gegen den freireligiösen Unterricht der Volksschulkinder und gegen die Eltern dieser Schüler wird neuerdings in ganz Hessen-Nassau wieder eine „schärfere Tonart" beliebt. Am Sonnabend, den 17. April, wurde berichtet, daß eine Frau in Bockenheim zum zweiten Male in eine dreitägige Haftstrafe genommen wurde, weil sie sich geweigert hatte, ihre Kinder an dem katholischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Heute wird uns wieder aus Wiesbaden berichtet, daß vom dortigen Schöffengericht der Genosse Bacher von Sonnenberg wegen des gleichen „Deliktes" zu 62,64 Mk. Strafe, eventuell 10 Tagen Haft verurteilt wurde. Bacher hatte als Mitglied der Wiesbadener freireligiösen Gemeinde seine Kinder in die Unterrichtskurse der freireligiösen Gemeinde geschickt. Kürzlich wurde ihm eröffnet, daß er seine Kinder in den „christlichen" Religionsunterricht zu schicken habe, weil „behördlicherseits" der Unterricht der Kinder in der freireligiösen Gemeinde nicht mehr als ein „vollgiltiger" Ersatz für den christlichen Unterricht angesehen werden könne.

Bacher erhob gegen diese Entscheidung Einspruch. Er wurde vom Schöffengericht auf Grund der Kammergerichtsentscheidung vom 14. April 1892 und des bekannten Schmiedekuttes von 1817, das für die erste Schulversäumnis zwei Kreuzer, für die nächste vier Kreuzer, für die nächste sechs Kreuzer Strafe festsetzt, wegen 352 versäumter Religionsstunden seiner Kinder zu 62,64 Mk. Strafe, event. zehn Tagen Haft verurteilt. Von Rechts wegen.

Gewaltstücklein in konservativen Versammlungen. Im konservativen Zentralverein für den Wahlkreis Charlottenburg kam es am Dienstag, den 20. April, zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Reichstagsabgeordnete Graf von Westarp hatte die Gründe darzulegen, weshalb die Konservativen gegen eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer seien. Angeblich soll die Versammlung einstimmig beschlossen haben, der Reichstagsfraktion für diese Haltung zu danken. In Wirklichkeit ist das nicht wahr. Denn, wie die „Tägl. Rundsch." feststellt, haben die Anhänger des Bundes der Landwirte ihre Parteifreunde aus der ganzen Umgebung zusammengetrommelt, mit Legitimationen versehen und in die Versammlung dirigiert. Nur auf diese Weise war es möglich, eine Mehrheit für das Verhalten der konservativen Reichstagsfraktion zu gewinnen. Die Konservativen erklären, daß sie künftig die Legitimationen der Versammlungsbesucher etwas genauer prüfen werden. Wenn bei den Sozialdemokraten dergleichen passiert, würde die „Tägl. Rundsch." hochmütig von „betrügerischen Manövern" sprechen.

Versorgung der Kriegsveteranen. In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute Mittwoch, nach nochmaliger Beratung der Gesetzentwurf Orsla, den Kriegsveteranen Beihilfen zu gewähren, angenommen. Staatssekretär Twele erklärte, daß die Zustimmung der Regierung völlig von der Deckungsfrage abhängig sei, d. h., wenn die Finanzreform nicht zustande komme, die Regierung auch dem Gesetzentwurf nicht zustimmen könne.

Zwangsinnung der Bäcker hat in ihrer Tagung am 20. April eine Resolution angenommen, worin es heißt:

„Mit dem zweijährigen Bestehen der erhöhten Getreidezölle und der Einführung der Ausfuhrprämie auf Getreide sind die Mehlpreise um 40 bis 50 Prozent gestiegen und haben eine Höhe erreicht, die notwendig den Ruin zahlreicher Existenzen im Bäckergewerbe herbeiführen muß und schon herbeigeführt hat. Die Resolution richtet an Reichstag und Reichsregierung das dringende Ersuchen, durch Reduzierung der Getreidezölle und Aufhebung der Ausfuhrprämien Abhilfe zu schaffen."

Trotzdem haben in Breslau wie anderwärts die Teigkneter bei allen Wahlen konservativ gestimmt und es besteht vor der Hand noch wenig Hoffnung, daß sie in Zukunft vernünftiger sein werden.

Die evangelischen Arbeitervereine und die Reichsfinanzreform. In Hannover soll demnächst eine Delegierten-Versammlung der evangelischen Arbeitervereine aus ganz Deutschland zusammentreten, um zur Reichsfinanzreform Stellung zu nehmen. Eigentlich ein sehr überflüssiges Beginnen; denn daß die Macher dieser Vereine mit dem Kanzler traben, ist zur Genüge bekannt und daß ihre frommen Schäflein etwas anderes beschließen, ist nicht anzunehmen.

Die Grundsatzlosigkeit des Freisinns. In einer freisinnigen Versammlung in Königsberg i. Pr. referierte Reichstagsabgeordneter Gyßling über die Finanzreform. Ganz offen trat er für die Aufhebung der freisinnigen Grundsätze ein. Die ungeordnete Finanzlage des Reiches zwinge die Freisinnigen, eine derartige Haltung einzunehmen. Programme seien nicht für die Ewigkeit geschaffen. Wenn die augenblickliche Lage es erforderlich mache, müsse man eben Programmpunkte streichen. Es gehöre allerdings der richtige, parlamentarische Mannesmut dazu, dies den Wählern gegenüber zu vertreten, aber ein schlechter Abgeordneter, der Notwendigkeiten einsehe und zaudere, sein Programm zum Opfer zu bringen. Bülow hätte die Partei zur Mitarbeit aufgefordert, und daher gäbe es kein Zurück mehr. Ein echter Gyßling.

Staatliche Produktionsregelung. Die dem Kalisyndikat angeschlossenen Werke klagen bitter über die Konkurrenz der dem Syndikat nicht angeschlossenen Werke, deren immer neue erstehen, sowie über unlautere Manipulationen von Syndikatswerken, denen die zugemessene Produktionsquote zu klein ist. Der Bergrat Schreiber, früher Vorsitzender des Aufsichtsrats des Kalisyndikats, macht daher in einer soeben erschienenen Broschüre den Vorschlag, die gesamte Kaliindustrie unter Oberaufsicht des Reiches zu stellen. Er schlägt ein Reichsgesetz vor, das fortan den Erwerb und den Absatz der im Reichsgebiet durch Bergbau und angeschlossenen Fabrikbetrieb gewonnenen Kalisalze dem Reiche vorbehält. Das Reich soll auch das Recht haben, die Produktion zu regeln, aber es soll die Produktion nicht in eigene Hände nehmen; vielmehr denkt sich Schreiber den Betrieb ähnlich, wie er in der bekannten Diamantenverordnung geregelt ist. Er schlägt eine Bestimmung in folgender Fassung vor: Das Reich wird die ihm vorbehaltenen Rechte an eine aus den Eigentümern der betriebsfähigen Werke als juristische Person gebildete Gesellschaft übertragen, wenn diese die Verpflichtung übernimmt, ihre Satzungen in Uebereinstimmung zu halten mit den Absichten des Reiches, sowie ihre Geschäftsführung der Oberaufsicht des Reiches zu unterstellen, und wenn sie für die einzelnen Teilnehmer die verbindliche Erklärung abzugeben in der Lage ist, daß sie in den ihre Beziehungen zueinander und zur Gesamtheit betreffenden Streitfragen den Spruch der Reichsbehörde als höchstinstanzliche Entscheidung annehmen werde.

In einer Reihe weiterer Bestimmungen sucht Schreiber die Verhältnisse dieser dann staatlich geschützten Kalimonopolisten zueinander bis in alle Einzelheiten hinein zu regeln. Nach seinem Vorschlage sollen die Kaliproduzenten diesen Gesetzentwurf beraten, beschließen und dann die Regierung um Annahme ersuchen.

Ausland.

Der Sultan bleibt.

Das ist die neueste Wendung, welche die inneren Wirren der Türkei in den letzten 24 Stunden genommen hat. Die siegenden Jungtürken halten es für vorsichtig, den Sultan auf dem Throne zu belassen, den sie als kirchlichen Herrscher, als Kalifen aller Mohammedaner, nach dem Gesetz ihrer Religion vor seinem Tode doch nicht beseitigen können. Der Umschwung in der Auffassung der maßgebenden türkischen Kreise führte zu einer Verständigung zwischen der Regierung und der Leitung der mazedonischen Truppen. Folgendes bildet die Grundlage der Verständigung:

Die Absetzung des Sultans wird fallen gelassen. Der größte Teil der Garnison von Konstantinopel wird entlassen und durch Salonikier Truppen ersetzt. In der Hauptstadt bleiben ferner 600 Salonikier Gendarmen, die den Sicherheitsdienst übernehmen. Die Salonikier Truppen, deren Vorhut sich bereits dicht vor der Stadt befindet, werden vorläufig nicht einmarschieren. Die Regierung wird einen entsprechenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen. Alle Truppen werden einen neuen Eid leisten. Die Regierung übernimmt die Bürgschaft für die Unterwerfung der gesamten Garnison, ausgenommen die kleinen Teile der Jildis-Besatzung. Die Kriegsflotte wird zu Manöverübungen den Hafen verlassen.

Die Regierung hat beschlossen, im geeigneten Moment den Belagerungszustand zur Sicherung der Bevölkerung über die Hauptstadt zu verhängen. Die komitetreuen Offiziere haben die Geschützverschlüsse auf den Kriegsschiffen entfernt, sodaß die von den Schiffen drohende Gefahr beseitigt ist. Die Armee des Komitees setzt den Anmarsch fort und steht bereits in stärkerer Zahl vor den Toren der Stadt. Bemerkenswert ist, daß die Proklamation der Salonikier Armee nicht nur vom Kriegs- und Marineministerium allen Truppen, sondern auch von der Pforte allen Zivildepartements mitgeteilt wurde. Der Eindruck auf die Garnison scheint im allgemeinen sehr günstig zu sein. Widerstand ist nicht zu erwarten. Bisher wurden bei der Vorhut der vorrückenden Truppen zirka 200 verdächtige Personen, unter denen sich einige als Emissäre erwiesen, verhaftet.

Die Lage in den Provinzen.

Die Haltung der Besatzung einiger Kriegsschiffe ist noch nicht ganz aufgeklärt. Die Besatzung des Panzerschiffes „Messudiye" soll vor dem Jildis demonstriert und versprochen haben, sich für den Sultan zu opfern. Sie wollte angeblich mit andern nach San Stefano ziehen. Nach den letzten Meldungen scheint der Anschluß des größten Teils der Marine an die vorrückende Armee gesichert. Die Zahl der in der letzten Woche ermordeten jungtürkischen Offiziere wird jetzt auf 262 angegeben. Acht von ihnen wurden vor dem Jildis ermordet.

Außer den Wilajets Saloniki, Uesküb, Monastir, Adrianopel und Janina erkennen auch die vier Wilajets in Kleinasien die Regierung nicht an und weisen ihre Befehle zurück. Der Korpskommandant von Saloniki wendete sich an alle Korpsbereiche und forderte sie zum Anschluß auf. Bisher ist nur von seiten des vierten Korpskommandos Erzindjan ein formeller Anschluß erfolgt. Die übrigen Kommandos scheinen zu schwanken.

Die gesamte türkische Presse, auch jene Blätter, deren Haltung in der letzten Zeit zweifelhaft war, erklärt die Verfassung für gesichert.

Eine Sitzung der Kammer.

Konstantinopel, 21. April. Die Kammer hielt heute eine kurze geheime Sitzung ab, der etwa 100 Deputierte beiwohnten. Dem Vernehmen nach haben in der Sitzung die Deputierten, die mit der heranrückenden Armee in Berührung gekommen sind, über ihre Mission berichtet. Einige Abgeordnete sollen abermals eine Verlegung des Sitzes der Kammer nach San Stefano gefordert haben, was von mehreren anderen Deputierten bekämpft wurde. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Wegen Beschlußunfähigkeit wurde die Sitzung aufgehoben. Nach San Stefano haben sich noch einige Deputierte begeben.

Der Großwesir, der Kriegsminister und der Korpskommandant, welche demissioniert hatten, haben auf Drängen des Sultans ihr Entlassungsgesuch wieder zurückgezogen.

Maßnahmen der deutschen Marine.

Berlin, 21. April. Die gestern gemeldete Entsendung des Kreuzers „Hamburg" nach Mersina hat den Zweck, die dort befindliche „Loreley" für Konstantinopel freizumachen. Die „Loreley" befindet sich seit dem 5. März auf ihrer alljährlichen syrischen Rundreise und lag beim Ausbruch der türkischen Wirren in Smyrna.

---

60 weibliche Stadtverordnete in Dänemark. Nach einem amtlichen Bericht über die dänischen Kommunalwahlen im März dieses Jahres sind unter den 867 gewählten Stadtverordneten 60 Frauen. Von diesen 60 weiblichen Stadtverordneten sind 18 Sozialdemokraten. Als ausgesprochene Antisozialisten gelten 15 der weiblichen Stadtverordneten. Ungefähr ein Drittel der gewählten Frauen, die in 34 Städten gewählt wurden, sind im Schulwesen tätig; 37 sind verheiratet und 23 ledig. Jedenfalls wird bei den nächsten Kommunalwahlen im Jahre 1913 das weibliche Geschlecht in weit stärkerer Zahl in die Gemeindevertretung einziehen.

* * *

Die Intervention Rußlands in Persien. Nach Mitteilungen des Generalkonsulats in Täbris beabsichtigt die durch Hunger zur Verzweiflung getriebene Stadtbevölkerung, mit Fidais an der Spitze, die armenischen Stadtteile und die dort befindlichen Konsulate Rußlands und Englands auszuplündern um Brot zu erlangen. Die Führer der Bewegung rechnen offenbar darauf, auf diesem Wege und in dem äußersten Falle auch durch Ermordung eines Konsuls eine Einmischung Rußlands hervorzurufen, die die Uebergabe von Täbris an die Truppen des Schahs verzögern und den Revolutionären ermöglichen wird, sich zu verbergen. Im Hinblick auf diese Sachlage beauftragte die russische Regierung ihren Vertreter in Teheran, vom Schah kategorisch die Verfügung zu fordern, daß unverzüglich für die ausländischen Konsulate, Institute und Untertanen sowie für die friedliche Stadtbevölkerung Lebensmittel in genügender Menge nach Täbris durchgelassen werden. Dabei wurde dem Geschäftsträger vorgeschrieben, der persischen Regierung zu erklären, daß die Nichterfüllung dieser Forderung Rußland nötigen werde, sofort entschiedene Maßnahmen zur Wiedereröffnung der Straße nach Täbris mit Waffengewalt zu ergreifen, um dorthin Proviant zu schaffen und die russischen und anderen ausländischen Institute und Untertanen in der Stadt zu schützen.

Infolge der ernsten Vorstellungen des englischen und des russischen Gesandten willigte der Schah in einen sechstägigen Waffenstillstand vor Täbris ein.

Ob mit dem vorläufigen Waffenstillstand viel erreicht werden wird, steht bei der entsetzlichen Lage in und um Täbris noch sehr dahin. Nachrichten vom Dienstag Abend lauteten:

Seit Tagesanbruch wütet zwischen den Nationalisten und Sattar Khan und den Truppen des Schahs in dem Vorort Shamaazan ein heftiger Kampf, bei dem die Nationalisten gegen 60 Tote und 100 Verwundete hatten, während die Verluste der Schahtruppen noch unbekannt sind. Die Russen haben sich aus Furcht vor Unruhen mit ihrem Eigentum in das russische Konsulat geflüchtet. Der englische und der russische Konsul teilten dem Eydschumen am Nachmittag persönlich die Nachricht von der Bewilligung des sechstägigen Waffenstillstandes seitens des Schahs mit. Der Waffenstillstand, der am Montag Mittag abläuft, erweckt hier keine großen Hoffnungen, da bei dem Fehlen von Transportmitteln und der Schwierigkeit der Verkehrswege die Heranziehung von Proviant auf große Schwierigkeiten stößt.

* * *

Aufhebung des Belagerungszustandes in Russisch-Polen. Am 2. Mai wird der über Russisch-Polen verhängte Belagerungszustand aufgehoben. An seine Stelle tritt der verschärfte Schutz, der es indessen den ins Ausland Verbannten gestattet, zurückzukehren. Die Zahl dieser geht in die Tausende.

* * *

Bestochene Parlamentarier in Japan. Ueber eine unerquickliche Bestechungsgeschichte meldet der Draht aus Tokio:

Die größte Aufregung herrscht hier infolge der Entdeckung einer weitreichenden Bestechungsaffäre, in die eine große Anzahl Parlamentarier verwickelt sind. Es handelt sich um den Dai Nippon Zuckertrust, dessen Direktoren sofort verhaftet wurden. Elf Mitglieder des Parlaments, die beschuldigt sind, Bestechungsgelder zur Beeinflussung der Gesetzgebung von der Gesellschaft erhalten zu haben, sind gleichfalls verhaftet worden, und man nimmt an, daß auch einige Mitglieder des Oberhauses in die Sache verwickelt sind. Die Regierung wird heftig angegriffen, da sie Aktien der Gesellschaft als Sicherheit für nicht bezahlte Einkommensteuer angenommen hat. Die Entwertung der Aktien hat den Staatsschatz um ungefähr 2 Millionen Jen gebracht.

Der gesamte Markt leidet heftig unter der Depression, die durch den Fall der Gesellschaft verursacht worden ist, und ein allgemeines Mißtrauen herrscht. Viele kleine Bauern erlebten große Verluste infolge der Panik, welche durch reiche Kapitalisten verursacht wurde. Auch Japan entwickelt sich zum modernen kapitalistischen Staat.

* * *

Die abnehmende Geburtsrate in den Vereinigten Staaten. Das Zensusbureau in Washington hat eine genaue Statistik über die abnehmende Geburtsrate in den Vereinigten Staaten aufgenommen. Dieselbe stellte einen Vergleich an zwischen der Größe der Familien im Jahre 1790 als die erste derartige Aufnahme vollzogen wurde, und der Größe der Familien im Jahre 1900. Daraus ergeben sich folgende interessante Tatsachen: Im Jahre 1790 bestand die amerikanische Familie im Durchschnitt aus 5,8 Personen, im Jahre 1900 war sie auf 4,6 Personen zusammengeschrumpft. Mit andern Worten und klarer ausgedrückt, im Jahre 1790 kam auf jede Frau von 18 Jahren und darüber 2 Kinder, im Jahre 1900 nur noch ein Kind. Das bedeutet, daß die Anzahl der Kinder im Verhältnis zu der Anzahl der erwachsenen Frauen um die Hälfte reduziert wurde. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts war die Geburtsrate in den Vereinigten Staaten eine bedeutend höhere, als in den führenden Ländern der alten Welt. Jetzt steht dieselbe ungefähr auf dem gleichen Niveau wie die Geburtsrate von Deutschland und Großbritannien; in einigen Staaten wie z. B. im Staate New York ist die Geburtsrate sogar bis auf das Niveau von Frankreich herabgesunken. Aus der Statistik ergibt sich ferner, daß gerade bei dem eingeborenen amerikanischen Element der Bevölkerung die Geburten am meisten abgenommen haben. Die Hauptursachen für diese Erscheinung sind selbstverständlich auch hier ökonomischer Natur und der Schrei über den sogenannten „Rassenselbstmord" amerikanischer Familien, der zuerst von Roosevelt erhoben wurde, hat sicherlich seine Berechtigung, aber alle moralischen und frommen Mahnungen werden an dieser Tatsache nichts ändern. Die abnehmende Geburtsrate in den Industrieländern ist eine Erscheinung, die auf das engste verknüpft ist mit der kapitalistischen Entwicklung.

* * *

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. April.

* **Auf der Streikbrechersuche in Schlesien.** Wir erhalten soeben folgendes beachtenswerte Telegramm: „Laegerdorf in Holstein. Buchhalter Lange von der Breitenburger und holsteinischen Zementfabrik sucht in Schlesien und Breslau Arbeitswillige". — Wir ersuchen von dieser Mitteilung allgemein Kenntnis zu nehmen.

* **Die Buchbinder** werden hiermit auf die am Sonnabend stattfindende Versammlung im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses aufmerksam gemacht. Genosse Albert hält einen Vortrag über „Kapitalismus und Sozialismus in Amerika. Vorher werden wichtige Verbandsangelegenheiten erledigt. Es wird darauf gerechnet, daß vor allem die „Volkswacht"leser unter den Buchbindern ꝛc. in der Versammlung erscheinen und noch andere Kollegen mitbringen. Die Ortsverwaltung.

* **Achtung, Rohrleger und Hilfsarbeiter!** Sonntag, den 25. April, Vormittags 11 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 2, die monatliche Branchen-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Mai-Ausflug und Branchen-Angelegenheiten.

* **Achtung, Klempner!** Sonntag, den 25. April, findet Vormittags 11 Uhr, im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses die Branchen-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Gewerkschaften und Klassenkampf". 2. Branchenangelegenheiten.

* **Veranstaltung für Jugendliche.** Am Sonntag, den 25. April, Nachmittags 4 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 2, eine Versammlung für Jugendliche beiderlei Geschlechts statt. Herr Dr. Landsberg wird einen Vortrag halten über: „Natürliche Schöpfungsgeschichte". Die Veranstaltung geht vom Jugendausschuß der Breslauer Arbeiter aus und ist wie alle früheren Veranstaltungen mit keinen Kosten verbunden. Zutritt hat jede jugendliche Person. Wir bitten unsere Arbeitereltern ganz besonders, ihre Kinder für diesen Vortrag zu interessieren, der der Weiterbildung ihrer Kinder dienen soll.

Der Jugendausschuß der Breslauer Arbeiterschaft.

* **Verhaftung eines Mädchenhändlers.** Bei der Ankunft des Berliner Schnellzuges wurde gestern Abend auf dem Hauptbahnhofe in Hamburg der Mädchenhändler Dent aus der Schweiz verhaftet. In seiner Begleitung befand sich das achtzehnjährige Mädchen Anna Morawa aus Schlesien. Das Mädchen war in Berlin in Stellung gewesen und hatte dort den Mädchenhändler kennen gelernt. Er versprach der Nichtsahnenden, daß er sie mit nach England auf seine Besitzung nehmen und dort heiraten werde. In Wirklichkeit hatte er die Absicht, das Mädchen in England zu verkaufen. Kurz nach der Verhaftung lief bei der Hamburger Polizei ein Steckbrief aus Berlin ein, in dem um die Festnahme des Mädchenhändlers ersucht wurde.

* **Als Antwort auf die Berichtigung von „Allerheiligen"** schreibt uns der Sohn der aus dem Fenster gestürzten Frau Pfitzner u. a.: Das Kuratorium schreibt, es sei nicht bekannt gewesen, daß Frau Pf. Armengeld bezogen habe. Das sei falsch. Es sei sogar eingetragen worden, daß Frau Pf. 12 Mk. Armengeld pro Monat bezog. Ferner habe ihm eine im selben Zimmer liegende Patientin gesagt, es täte ihr direkt leid, zu sehen, wie die Aerzte diese Frau behandelten. Bei der Entlassung sei von einer Erholung nichts zu spüren gewesen, im Gegenteil, sie sei so schwach gewesen, daß sie bald nicht mehr von der Stelle zu bringen gewesen sei. Beinlich hätte es ihn, so schreibt Herr Pf. zum Schluß, berührt, daß die Krankenschwester bei einer Besuchsstunde geäußert habe: „Na, wenn wir mehr solcher komischer Kranken hätten, würden die Aerzte viel zu tun haben."

* **Die Scheitniger fahren Abends nicht.** Auf ein Gesuch des Ortsvereins der Scheitniger Vorstadt an die Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft um Einlegung weiterer Züge in den späten Abendstunden und um Ausdehnung der Linienkarten Scheitnig-Königsplatz bis nach Pöpelwitz hat die Direktion geantwortet, daß die angestellten Ermittelungen die Unzulänglichkeit des Betriebes in den späten Abendstunden nicht erkennen lassen. Die letzten nach Scheitnig verkehrenden Züge seien vielmehr stets nur schwach besetzt. Es könne sonach ein Bedürfnis zu einer Betriebsvermehrung als vorliegend zurzeit nicht anerkannt werden. Es werde aber nicht unterlassen werden, den Verkehr weiter zu kontrollieren und nötigenfalls Maßregeln zu treffen. Bezüglich des Linien-Abonnements wird der Verein auf ein früheres Schreiben, worin die Ausdehnung der Linienkarten bis nach Pöpelwitz abgelehnt wurde, verwiesen. Um von seiten des Vereins neues Material in dieser Angelegenheit zu gewinnen, werde von Mitgliedern die Besetzung der Wagen an einzelnen Tagen geprüft werden.

* **Liebichs-Etablissement.** Heute, Donnerstag, den 22. April beginnt der Vorverkauf zu der am Sonntag, den 25. cr. stattfindenden letzten Nachmittags-Vorstellung. — Freitag, den 30. cr. schließt die Variete-Saison 1908/09 mit einem Benefiz für den Regisseur Max Ohrenstein.

* **„Der Sonnenplatz brennt!"** So dachten unwillkürlich die Passanten, die Mittwoch Abend gegen 8½ Uhr auf dem Sonnenplatze sahen, wie plötzlich aus der Erde heraus eine mächtige Stichflamme in die Höhe schlug. In Wirklichkeit war nicht ein neuer Vesuv entstanden, sondern ein ungeschickter Rollkutscher hatte mit seinem Fuhrwerk eine Gaslaterne umgerissen, sodaß das Gas entweichen konnte. Im nächsten Augenblicke entzündete sich das ausströmende Gas und bildete eine hoch auflodernde Flamme, die vergebens vom Publikum mit Sand zu ersticken versucht wurde. Immer wieder schlug die Flamme in die Höhe, sodaß man nach 1¼ Stunden genötigt war, die Feuerwehr zu alarmieren, die endlich tat, was man sofort hätte tun müssen, sie stellte den Hahn der Leitung ab.

† **Keine Vergiftung!** Zu dem Todesfall, betreffend eine Näherin von der Höfchenstraße, die in ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde, ist zu melden, daß die Sektion der Leiche als Todesursache Lungenschlag ergeben hat, eine Vergiftung, die der Polizeibericht gestern annahm, demnach ausgeschlossen erscheint.

Neueste Nachrichten.

Neue Kompromisse in Sicht.

Frankfurt, 22. April. (H. T.-B.) Eine günstige Wendung in der Frage der Reichsfinanz-Reform scheint, wie der „Frankf. Ztg." aus Berlin gemeldet wird, eingetreten zu sein, indem bei den Konservativen Bereitwilligkeit besteht, in der Frage der Liebesgaben weiter nachzugeben und dieselben auf 10 Mk. zu reduzieren. Man glaubt, daß man sich auf der Linken damit zufrieden gibt.

Die Zukunft des Sultans.

Konstantinopel, 22. April. (H. T.-B.) Der Generalstab und die Soldaten der Komitee-Armee sowie die bei der Armee befindlichen Abgeordneten widersprechen entschieden der Behauptung Rifad Paschas, daß der Sultan von den Jungtürken geschont werden würde. Der Sultan dürfe auf keinen Fall weiter regieren. Seine Regierung sei gleichbedeutend mit dem Untergange des Landes. Das einzige Wohlwollen bestehe darin, daß nichts gegen sein Leben geschehen werde. Wenn die Armee nicht bereits weiter vorgerückt sei, so läge dies einzig darin, daß über die Haltung der Flotte Zweifel bestanden und die Jungtürken eine Beschießung der Stadt vermeiden wollten, um nicht diplomatische Schwierigkeiten zu schaffen. Jetzt aber sei es den Jungtürken gelungen, alle unsicheren Offiziere an Bord der Kriegsschiffe durch Anhänger des Komitees zu ersetzen. Sollte sich der Sultan an der Verschwörung der Truppen beteiligt haben, so würde er entsprechend behandelt werden. Seine Entthronung ist dann unvermeidlich. Die von den Jungtürken jetzt beobachtete Reserve ist nur ein diplomatischer Kniff; die Entthronung Abdul Hamids ist auf alle Fälle beschlossene Sache. — Sehr klar sind die Nachrichten gerade nicht.

Die Aktion der Truppen.

Saloniki, 22. April. (H. T.-B.) Da das Parlament sich in San Stefano versammeln soll, reisen alle Abgeordneten von hier dorthin ab. Das Komitee und die Militärbehörden werden eine provisorische Regierung mit Hilmi Pascha als Großwesir bilden.

Saloniki, 22. April. (H. T.-B.) Der Generalstab beschloß, nicht die Stadt Konstantinopel, sondern den Jildis anzugreifen.

Konstantinopel, 22. April. (H. T.-B.) Die erste Staffel der Komiteearmee, deren Ankunft heute vor dem Jildis erwartet wird, besteht aus 36 Bataillonen, 15 Schwadronen und 70 Geschützen. Die Besetzung Konstantinopels erfolgt nicht nur von der europäischen, sondern auch von der asiatischen Seite aus.

Saloniki, 22. April. (H. T.-B.) Der in Saloniki sich jetzt aufhaltende Achmed Nizza hielt sich in Stambul verborgen und mußte, um sich zu retten, in Frauenkleidung flüchten.

Wien, 22. April. (H. T.-B.) Nach Meldungen von gestern Abend haben sich die Verhandlungen des Jildis mit den Jungtürken zerschlagen. Die Jungtürken wollen heute unter allen Umständen gegen Konstantinopel vorgehen.

Ein Ultimatum.

Saloniki, 22. April. (H. T.-B.) Der Ministerrat in Konstantinopel nahm alle Bedingungen Scheukets Paschas betreffs der Uebergabe an, nur die Wahl des Präsidenten nicht, da das Parlament unter dem Drucke einer Soldatenherrschaft nicht arbeiten könne. Scheuket erwiderte: Annahme in 24 Stunden oder Vormarsch.

Russische Polizeispitzel in Frankreich.

Paris, 22. April. (H. T.-B.) In der „Humanite" beschuldigt Genosse Jaures die Regierung, ein Scheinattentat gegen den Präsidenten Fallieres und Clemenceau, anläßlich ihrer Reise nach Nizza, durch angebliche russische Terroristen in die Wege geleitet zu haben. Jaures versichert, daß es sich in Wirklichkeit um russische Polizeiagenten handle, deren Namen er kenne und gegebenenfalls veröffentlichen werde, wenn sie nicht schleunigst das Land verlassen.

Spanische Volkssitten.

Madrid, 22. April. (H. T.-B.) Bei einem in Sevilla vorgestern stattgehabten Stiergefecht trat der bisher nie dagewesene Fall ein, daß alle drei Matadore von dem Stier schwer verwundet wurden, so daß das blutige Schauspiel nicht zu Ende geführt werden konnte. Mehrere Zuschauer, die sich in die Arena wagten, wurden von dem Stier aufgespießt und tödlich verwundet.

Berlin, 22. April. (H. T.-B.) Eine blutige Familientragödie hat sich in dem Vororte Britz zugetragen. Dort erschoß sich im Hause Bürgerstraße 33 der Arbeiter Lamboiet, nachdem er in angetrunkenem Zustande seinen 7 Jahre alten, an Masern krank darniederliegenden Stiefsohn schwer mißhandelt und auf seine Frau mehrere Revolverschüsse abgefeuert hatte.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 22. April:

Maler. Versammlung im Saale.
Tapezierer. Mitgliederversammlung. Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung. Abrechnung vom Quartal, dito Ball. Anträge. Zimmer 1.
„Frohsinn". Gesangsabend. Zimmer 2.
Bibliothek-Abend des Sozialdemokratischen Vereins 7—9 Uhr Abends im Zimmer 7.

Sonnabend, den 24. April:

Buchbinder. Versammlung. Zimmer 2.
Kupferschmiede. Versammlung. Zimmer 3.

Sonntag, den 25. April:

Buchdrucker. Vorm. 11 Uhr: Versammlung im großen Saale.
Klempner. Vorm. 11 Uhr. Billardzimmer.
Dreher. Vorm. 11 Uhr. Zimmer 1.
Tabakarbeiter. Nachm. 3 Uhr: Versammlung. Zimmer 1.
Rohrleger. Vorm. 11 Uhr. Zimmer 2.
Jugendorganisation. Nachm. 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Volkswacht"-Agitation.

Sonntag, den 25. d. Mts., findet eine Agitation für die „Volkswacht" von dem Lokal Neudorfstraße 80 aus statt. Alle Genossen, besonders aber die Mitglieder der umliegenden Distrikte, sind hierzu dringend eingeladen.

An die Distrikts- und Bezirksführer!

Montag, den 26. April, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen: Abrechnung der Bezirksführer. Unverkaufte Beitragsmarken und Kontrollkarten sind mitzubringen.

Distrikt 2 (Sauerbrunnen). Sonntag, den 25. d. Mts., findet eine „Volkswacht"-Agitation statt. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Gladis. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Distriktsführer.

Distrikt 7. Montag, den 26. d. Mts.: Abrechnung der Bezirksführer. Nach derselben wichtige Besprechung.

Distrikt 9a (Odertor). Montag, den 26. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder in den „acht Schwalben", Rosenstraße. Neuwahl des Distriktsführers und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor). Sonnabend, den 24. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal. Die Bezirksführer werden ersucht, die Kontrollkarten und Bezirksbücher mitzubringen.

Distrikt 16a (Bohrauer Tor). Montag, den 26. April, Abends 8 Uhr, im Distriktslokal Bohrauerstraße 35: Zusammenkunft aller Mitglieder. Wichtige Tagesordnung.

Distrikt 17. Zu der am 25. d. Mts. stattfindenden Agitation für die „Volkswacht" laden wir nochmals dringend ein und bitten pünktlich Morgens 8 Uhr im Distriktslokal zu erscheinen.

Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.

Distrikte Lissa-Stabelwitz. Die Bezirksführer werden hiermit aufgefordert, am Sonntag, den 25. April, Nachmittags 2 Uhr in der „Hoffnung" abzurechnen. Der Distriktsführer.

Landdistrikt 2 (Bezirke 1, 2 u. 3). Sonntag, den 25. April, Vorm. 10 Uhr: Zahltag in Kosel bei Nitschke.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schily. — Druck von Th. Schatz G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Gleiche 1 Beilage.

Am 19. d. Mts., abends 11½ Uhr, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber, guter Mann, treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Steinarbeiter

Fritz Conrad

im blühenden Alter von 26 Jahren 4 Monaten.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. 1925

Am 19. d. Mts. verschied unerwartet unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Marmorhauer 1926

Fritz Conrad

im Alter von 26 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Das Arbeiterpersonal und die Angestellten der Firma G. Schulze.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes.

Am 19. d. Mts. verschied plötzlich unser werter Kollege, der Marmorarbeiter 1936

Fritz Conrad

im Alter von 26 Jahren 4 Monaten.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau II des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. Trauerhaus: Gabitzstrasse 23.

Bromberg.

Durch Beschluß der General-Versammlungen vom 21. März und 9. April 1909 hat sich die Saalbau-Genossenschaft Bromberg, e. G. m. b. H., aufgelöst und tritt mit dem 15. April 1909 in Liquidation. 1917

Sämtliche Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche umgehend geltend zu machen.

Saalbau-Genossenschaft Bromberg e. G. m. b. H. in Liquidation.

Die Liquidatoren:
Joh. Meyer. Bruno Fandrey.

Dr. Max Berliner
Spezialarzt für
Hals-, Lungen- u. Ohrenkranke
wohnt jetzt 1928
Kaiser Wilhelmstr. 29.

Lehrmädchen f. f. Damenschneiderei auch unentgeltlich s. [1907
P. Kuminawiß, Breitestr. 38, 1. Etage.

Aeltere, alleinstehende Frau

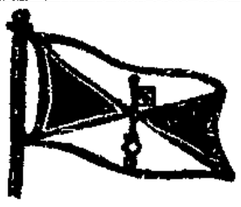
Fräulein (freireligiös bevorzugt) zum Kindhüten eines einzelnen Haushaltes von ruhiger Familie 1. Juli gesucht. Lohn nach Uebereinkunft. 1934

Offerten erbeten unter A. 200 an die Expedition der „Volkswacht".

Beste Speisekartoffeln 1935
Gelbe Rosen, 2 Liter nur 10 Pfennige
Bartsch, Bohrauerstr. 55c.

Billige Woche!!
Schweinefleisch . . . . Pfd. 60 Pf.
Bestes Rindfleisch, ohne Knochen Pfd. 75 Pf.
Suppenfleisch . . . . . Pfd. 60 Pf.
Balonne aus Mett-, Leber- [1933
und Preßwurst . . . Pfd. 70 Pf.
Baroke, am Gandauer Platz.

Solidaria Fahrräder.
Das beste Rad der Gegenwart.
Lieferung auf Wunsch gegen
Teilzahlung.
Anzahlung 20—40 M. Abzahlung monatlich M. 8—10
Reichsräder bei Barzahlung v. M. 55.— an. Zubehör billigst.
Katalog umsonst.
J. Jendrosch & Co.,
Charlottenburg No. 54.



17 Pf. für blankes Fleisch!

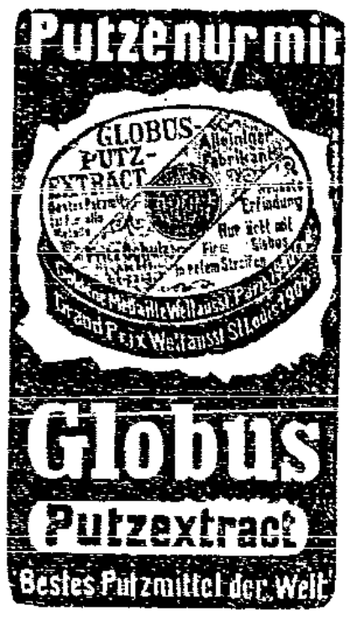
Heute Nacht eintreffende **Waggonladung Kablian,** bereits der 2. Waggon in dieser Woche.

Wir verkaufen diesen **vorzüglichen, fast grätenlosen Fisch,** solange der Vorrat reicht, 1929

per Pfund mit 17 Pfg.

Alle anderen Fischarten ebenfalls billig.

D. D.-F.-G. „Nordsee".



Fleisch wieder billiger!
Kalbfleisch . . . . 70 u. 75 Pfg.
Schweinefleisch . . . 65—75 Pfg.
Hammelfleisch . . . 70 u. 75 Pfg.
Gehacktes, gemengt . . . 80 Pfg.
Preß-, Leber- u. Mettwurst 70 Pfg., bei 10 Pfund 65 Pfg. 1932
Sternitzke, Tschepinerstr. 6.

Vorschriften über Krankmeldung, Verhalten der Kranken und Krankenaufsicht.

(§ 24 des Statuts.)

1. Jedes Kassenmitglied muß sich durch Vorlegung einer Krankenkarte ausweisen, wenn es einen der Kassenärzte behufs freier ärztlicher Behandlung in Anspruch nehmen will; diese Karte ist **vorher** im Kassenlokal unter **genauer Angabe der Wohnung des Erkrankten** einzuholen. Nur wenn Gefahr im Verzuge ist, so kann die Hilfe des Kassenarztes ohne vorherige Meldung bei der Kasse in Anspruch genommen werden, jedoch muß alsdann die Krankenkarte spätestens am nächsten Tage bei der Rendantur eingeholt und dem Kassenarzt vorgelegt werden.
2. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit hat das Kassenmitglied sofort, spätestens aber am nächsten Tage nach deren Eintritt den Kassenarzt davon in Kenntnis zu setzen. Während der Dauer einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit ist jede Wohnungsveränderung des Erkrankten unverzüglich der Rendantur zu melden.
3. Erwerbsunfähig kranke Kassenmitglieder dürfen:
   a) ihre Wohnung nur mit Genehmigung des behandelnden Kassenarztes und nur zu der vom Kassenarzt vorgeschriebenen Ausgehzeit verlassen;
   b) keine öffentlichen Lokale oder Schankstätten besuchen;
   c) mit dem angenommenen Kassenarzte nur mit Genehmigung des Kassenvorstandes wechseln;
   d) den Kassenbezirk nur mit Genehmigung des Kassenvorstandes verlassen;
   e) keine auf Erwerb gerichtete oder ihre Genesung hindernde Tätigkeit vornehmen.

   Die Kranken sind verpflichtet:
   f) die Vorschriften des Arztes und des Vorstandes für das Heilverfahren gewissenhaft zu befolgen;
   g) das Krankengeld allwöchentlich an dem dazu festgesetzten Zahltage zu erheben und
   h) von der Wiederaufnahme der Arbeit **sofort** dem Kassenarzt und der Kassenverwaltung Mitteilung zu machen.
4. Die Krankenaufsicht wird ausgeübt:
   a) durch die vom Vorstande bestimmten und legitimierten Krankenbesucher und
   b) durch den Vertrauensarzt.

Auf Anordnung des Vorstandes haben sich erkrankte Kassenmitglieder einer Untersuchung durch den Vertrauensarzt zu unterziehen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften ziehen Ordnungsstrafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes für jeden Uebertretungsfall nach sich.

Die Ordnungsstrafen unterliegen der Festsetzung des Kassenvorstandes.

Gegen diese Strafverfügung ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde zulässig. [1931

Die Strafgelder können vom Krankengelde in Abzug gebracht werden und fließen der Kasse zu.

Breslau, den 3. März 1909.

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.
Josef Riedel, Vorsitzender.

Vorstehende Vorschriften werden hiermit auf Grund des § 26a des Krankenversicherungsgesetzes genehmigt.

Breslau, den 16. April 1909.

Der Magistrat.
Kommissarius für Krankenversicherung.
Marck.

XIII. K. 1391. 09.

Stadt-Theater.
Donnerstag, 7½ Uhr:
„Ein Sommernachtstraum".
Freitag, 7½ Uhr:
„Der Barbier von Bagdad".
„Versiegelt".
Sonnabend, 7½ Uhr:
„Carmen".

Lobe-Theater.
Donnerstag, 7½ Uhr:
„Die Dollarprinzessin".
Freitag, 7½ Uhr:
„Der fidele Bauer".
Sonnabend, 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Unser Theodor".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Freitag:
Große M. 2. Vorstellung:
„Ehre".
Billettverkauf 10—2 Uhr im Kassenflur des Stadt-Theaters und an der Abendkasse.
Sonnabend:
Humboldt-Verein (Abonnement-Vorstellung)
„Die Liebe wacht".

Thalia-Theater.
Sonntag, 7½ Uhr:
„Alt-Heidelberg".
Billettverkauf Freitag u. Sonnabend von 10—2 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr im Stadt-Theater und im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
Donnerstag 8 Uhr:
„Die Förster-Christel".
Freitag, 8 Uhr:
„Bub oder Mädel".
Sonnabend, 8 Uhr:
Volks-Vorstellung, kleine Preise.
„Der König".

Liebich's Etablissement.
Täglich:
Mabel May-Yong
Willy Weston etc.
Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater.
Gastspiel
Job-Classen
„Der Mann mit dem Himmel".
! Lachstürme !
Anfang 7½ Uhr.
Bons wochentags gültig.

Zeltgarten
Dir. H. Krainsik.
7. Tag der internationalen
Ringkampf-Konkurrenz.
Dazu die
ganz neuen Spezialitäten.

Palmengarten.
Dir. H. Krainsik.
Ein
Rosenfest in Nizza.
Entree frei.

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Niederlage von 1930
Medizinal-Ungar-Weine
empfiehlt zu Originalpreisen
Ernst Berger, Kolonialwaren
Steindorf bei Ohlau.

Altwasser: Verband der Bauhilfsarbeiter.

Sonntag, den 25. April, vormittags 9 Uhr, findet im goldenen Stern, hierselbst, eine 1927

Mitglieder-Versammlung

statt, wozu sämtliche Kollegen aufgefordert werden zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Hansel's Etabliss., Pöpelwitz.
Heute Donnerstag: [1923
Familien-Kränzchen
bei freiem Entree.
Volles Orchester. — Präsent-Polonaise.

Wilhelmsburg
Neudorfstraße Nr. 54.
Inhaber: Franz Hötzel.
Heute Donnerstag:
Frühlings-Kränzchen.
Präsent-Polonäse.
Saal und Garten: Veilchen empfehlenswert. 1924

Die Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik

von Max Heimann, Neuschestr. 51, Hinterhaus, Portal 5, verkauft ihre großen Tagesbestände zu billigsten Fabrikpreisen im Einzelnen total aus. 1914
Verkaufsstunden: Vorm. 9—12, nachm. 3—6, Sonntags vorm. 11—1.

Die Gleichheit
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis der „Volkswacht" für das niederschlesische Industriegebiet.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Central-Automat, Waldenburg.

Abzahlungs-Geschäfte

Grützner, C., Waldbg., Hohstr. 6, u. d. Bergsch.
Zentsch, F., Waldenburg, Sandstr. 1.

Bäckereien und Konditoreien

Biedermann, A., Waldenburg.
Böhm, Robert, Fellhammer.
Burian, Hermann, Neu-Salzbrunn.
Dolmus, P., Fellhammer, Kaiserstr.
Enderlein, Bruno, Freiburg i. Schl.
Hoffmann, Robert, Dittersbach 178.
Jung, Carl, Fellhammer.
Klingberg, Heinrich, Gottesberg.
Köhler, Gustav, Gottesberg 64.
Wünsch, Paul, N.-Hermsdorf.
Regner, C., Ob.-Waldenbg., Chausseestr. 16.
Schwarzer, P., Ob.-Waldenbg., Rinnerstr. 1.
Zimmer, A., Altwasser, Pfarrstr. 1, 1 (9 Pfenn.)

Bier-Brauereien

Aktien-Brauerei, Gottesberg.
Harbort & Sohn, A.-Waldenburg.
Karl & Co., Freiburg i. Schl.
Schloßbrauerei A.-G., Ob.-Waldenburg.
Schreiber, J., Freiburg i. Schl.
Stadtbrauerei, Freiburg i. Schl.
Thiel's Brauerei (E. Richter), Striegau.

Damen-Konfektion

Milke, G. A., Hirschberg, Mäntel, Blusen, Röcke, Röcke.

Drogen und Farben

Drogerie „Glück auf", N.-Hermsdorf.
Germania-Drogerie, Gottesberg.
„Glück auf"-Drogerie, Gottesberg.
Reichelt, Ernst, Freiburg i. Schl.
Siegel, Arthur, Altwasser I, 21a.

Eisen- u. Stahlwaren

Schreck, Romuald, Gottesberg.
Thüßler, Hermann, Gottesberg.

Fahrräder, Nähmaschinen

Böse, Ferd., Freiburg i. Schl.
Demisch, F., Neu-Weiß., Gottesberg.
Kohl, Bernh., Freiburg i. Schl., Gramm. u. Neu-Weiß.
Kuhbert, J., Gottesberg.

Fleischereien

Hübner, Hermann, Altwasser II, 10.
Raiel, A., Fellhammer, fl. Burgstraße.
Schäfer, Gustav, Fellhammer, fl. Burgstr.

Galanterie-, Leder- u. Spielwaren

Lummer, E., Freiburg, fl. Schm., Pelzwaren.

Gemischt-Waren

Brand & Nagel, Weißstein.
Dreicher, Heinr., Dittersbach Nr. 4.
Hanke, W., Dittersbach, Herrengrunderstr.
Schilbert, A., Weißstein, Hauptstr. 86.

Haus- u. Küchengeräte

Aufforst, H., Gottesberg.
Lesser, Mathilde, Gottesberg.
Lessing, J., Fellhammer, Kinderwagen.
Teichmann, Karl, Gottesberg.

Herren-Garderobe

Hausch, H., Waldenbg., Charlottenstr. 16, Art.-Kleidg., Herrenart. u.
Andrich, Emanuel, Altwasser.
Berkowitz, M., Hirschberg, Schildauerstr. 12.
Kittner, Inh.: A. Göttlich, Striegau, Ring, Gef. Bett.-u. Tischzeug.
Conrad, Franz, Gottesberg.
Deutsches Kaufhaus, Altwasser, Herr.-Art.
Gottwald, Hirschberg, d. Burgstr. 10, F. Bat.
Lachmann, Louis, Freiburg i. Schl.
Pipper, B., Jauer, Grünbergerstr. 55.

Konfektionshaus „Merkur"
Fellhammer Nr. 68.
Größtes Spezialgeschäft am Platze.

Meyer, Karl, Hirschberg, Langstr. 19, Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Hirschberg.
Pohl, A., Dittersbach 177, Maßanfertigung.
Pulg, Adolf, Schuhwaren eig. Fabr., Nieder-Hermsdorf.
Scranzer Nachf., A., Inh.: C. Riedel, Scheerstr. 18, (Krone).
Silbermann, M., Waldenbg., Gottesberg.
Sittenfeld, M., Jauer, Moden, Aufträge.
Zawerk, M., Hirschberg, a. Domanzgerb.

Hüte Mütze u. Pelzwaren

Bar, Arth., Waldenburg, Friedländerstraße 33, gute Bedienung.
Wiesner, Edmund, Gottesberg.
Schingel, Oskar, Freiburg.
Schrabsk, E., Freiburg i. Schl., Schuhwaren u. Reparat.
Sax, Alfr., Waldenburg, Friedl. Str. 27.

Kaufhäuser

Bernert, M., Freiburg i. Schl.
Knappe, Altwasser, Dam.-Herr.-Kind.-Konf.
Pfirtner, Reinh., Gottesberg.
Pinoll, Georg, Hirschberg i. Schl.
Reitz, Paul, Nieder-Hermsdorf 125 127.

Kleider- u. Seidenwaren

Becker, Theodor, Freiburg i. Schl.
Hancke, Hermann, Freiburg i. Schl.

Kolonialwaren

Beer, E., Dittersbach 143a, Drogen.
Bergmann, Ernst, Dittersbach, Destillat.
Bergmann, R., Altwasser I, 7, Email.-W.
Feige, Paul, Gottesberg.
Häusel, A. W., Dittersbach, Email.-, Manuf.
Hauschild, Fellhammer, Haus- u. Küchenger.
Heinze, Fellhammer, Haus- u. Küchg., Bllw.
Kalms, Ad., Freiburg i. Schl., Zigarr. u. Zigaretten.
Krügel, R., Altwasser, Rum, Kognak, Likör.
Kubat, Franz, Altwasser, neb. d. neuen Post.
Leonhardt, F., Fellhammer, Eis.- u. Porz.-W.
Pfertin, Fellhammer, Spirit., Filz-, Emailw.
Rittner, Altwasser, Spirit., Email.-W. u.
Schiller, Fellhammer, Drog., Kram., Porz.-W.
Schokoladenhaus Reichmann, Waldbg.
Scholz, Fellhammer, Spirit., Küchenger.
Steiner, H., Fellhammer, Drog., Spirit.
Taubitz, Gust., Fellhammer, Spirituosen.
Wachtmann, Paul, Gottesberg.
Walter, H., Weißstein, Bein-, Spirit.-Handl.
Weinhold, H., Altwasser, Haus- u. Küchenge.

Manufaktur- und Modewaren

Gottwald, Hirschberg, d. Burgstr. 10, Reste b.
Häbner, F., Ob.-Altwasser, Spez.-Fkr.-Rest.
Nerger, (Prüfig), Freiburg. 4½ R.
Pfertner, P., Kaufh. Waldenbg., Markt 2.
Schröder, E., Fellhammer, auch Schuhw.
Stubermann, P. H. Altwasser, Fahrr. Nähm.
Waldenb. Warenh., A. Hechn, Friedl. Str.

Möbel-Magazine

Bartsch, J., Waldenburg, Gottesbergerstr. 24.
Bittner, E. M., Altwasser, Möbel u. Särge billigste Preise.
Dorfmeister, H., (H. Förster), Striegau
Fudur, J., Gottesberg.
Minde, Herm., Freiburg.
Mücke, Alwin, Gottesberg.
Rößler, E., Weißstein, Hauptstr. 43.
Rutsch, Fellhammer, auch gebr. Klbg., Stiefel.
Springer, E., Altwasser, Tischlermeister.

Musik-Instrumente

Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerst. 2, Freiburgerst. 21 u. Neurode, Schulmst. 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg

Papier- und Schreibwaren

Dentschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hötzel, G., Altwasser III, 12, Glas u. Porz.
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöpert, Bruno, Freiburg.
Weiz, Gebr., Ob.-Waldenburg, Kirchstr. 27

Photographische Ateliers

Anlauf, Aug., Gottesberg.
Ehol, G., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Rengebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren und Schuhmacher

Alscher, Gebr., Freiburg i. Schl.
Burger, Schuhfabrik Waldenbg., Ring 21.
Förster, Paul, Gottesberg.
Heinemann, Striegau, Graul's Hot. Mittwoch.
Jüptner, A., Waldenburg, Friedl. Str. 7.
Kappler, Herm., Altwasser I, 23a.
Krause, L., Striegau, Ring 12.
Laure, H., Altwasser, Mech. Beschl.-Anst.
Maibaum, Oskar, Altwasser, ev. Kirche.
Pusch, Ad., Waldenburg, Ring 12.
Reinert, A., Waldenbg., Kais.-Wilhelmst. 5.
Renner, Herm., Altwasser III, 21 D.
Schnapp, D., Jauer, Königsstr. 23.
Schreiber, Emil, Freiburg i. Schl.
Simon, Karl, Gottesberg.
Tödtmann, Gust., Waldenburg, Markt 5.
Tschersich, E., Fellhammer, Grenze.
Wendland, J. A., Hirschberg, Langst. 1.
Wollner, J., Charlottbrst. 18, Kais.-Wilhpl. 9.

Uhren und Goldwaren

Büttner, Fritz, Gottesberg.
Ertner, Alfred, Striegau, Ring 2, Musikw.
Fehst, Alfred, Gottesberg.
Güttler, O., Fellhammer, Musikw., Fahrr.
Hause, G., Ob.-Waldbg., Chausseestr. 29, Grph.
Dornig, Fr., Altwasser, vis-à-vis Bahnhof.
Kärner, Herm., N.-Hermsdorf.
Reischer, Rich., Waldenbg., Cochiusstr. 1.
Mende, H., Waldenburg, Mühlenstr. 21.
Nerger, H., Waldenburg, Charlottenbgstr.
Schmidt, E., Hirschberg, i. Burgst. 19, Opt.
Siegel, H. & Sohn, Freiburg i. Schl.
Strauch, Carl, Gottesberg.
Thyrolf, A., N.-Hermsdorf 141.
Zinnecker, H., Gottesberg.

Putz, Wäsche und Wollwaren

Degwert, E., N.-Hermsdorf, Putz, Lavisserie.
Dinter, A., Schürzenfabrik, Waldenburg.
Heinz, E., (Inh. M. Sontag), Altwasser.
Hesse, Max, Waldenbg., Freiburgerst. 4, Trikotagen, Strümpfe u.
Lemin, Martin, Waldbg., Gordgst. 26, Wsch., Trikotg., Kurzw.
Nier, Oskar, Sortimentsgesch., Hint.-Fellh.
Priebatsch, Jauer, Liegnitzerstr. a. Ring.
Sortimentb. O. Finke, Jauer, Mode-Pelzw.
Reiner, M., Altwass., Damenputz, Herrenart.

Zigarrenhandlungen

Geier, Bertha, Dittersbach 18.
Kustos, Joh., Freiburg i. Schl., Bierhdlg.
Plaschke, G., Zig.-Fabrik Neu-Waldenberg.

Beilage zu Nr. 94 der „Volkswacht".

Freitag, den 23. April 1909.

Deutscher Reichstag.

244. Sitzung, Mittwoch, den 21. April, Nachmittags 2 Uhr:

Am Bundesratstisch Kommissare.

Fortsetzung der Beratung der Petition betreffend Hinausschiebung der

Aufhebung des städtischen Oktrois.

Die Kommission hat Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Ein Antrag Wölzel will Ueberweisung an den Reichskanzler zur Berücksichtigung mit der Maßgabe, die Frist nur bis 31. Dezember 1914 zu verlängern.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Die Vorwürfe gegen das Zentrum sind unberechtigt. In allen bürgerlichen Parteien sind in dieser Frage die Meinungen geteilt. Daß meine Freunde aus Bayern dem Antrag Wölzel zustimmen, ist verständlich. Aus Respekt vor der Gesetzgebung meine ich aber, daß man die beschlossene Frist jetzt nicht ändern sollte. Ich bitte deshalb zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. **Ulrich** (Soz.):

Die Debatte hat klar erwiesen, daß es sich um weit mehr handelt, als die bloße Hinausschiebung der Aufhebungsfrist. Es handelt sich in Wahrheit um die völlige Beseitigung des § 13. Die Herren sind Gemütsmenschen. Sie denken, wenn schon, denn schon. Kommt es aber zu einer Beseitigung des § 13, so werden auch andere Städte, die noch keinen Oktroi haben, dazu übergehen, und die Arbeiter und Beamten werden doppelte Lasten tragen, während die Leistungsfähigen bei den direkten Steuern entsprechend entlastet werden. Darauf geht das Ganze hinaus. (Sehr richtig! bei den Soziald.)

Es ist merkwürdig, daß jetzt, wo es sich um Beseitigung einer gesetzlichen Bestimmung handelt, sich in jeder Partei Mitglieder dazu bereit finden. Man hält nur den Moment nicht recht geeignet, in welchem man schon 500 Millionen neue Steuern verlangt. Wir werden geschlossen für die Aufrechterhaltung des § 13 eintreten, mögen immerhin die bürgerlichen Parteien ein seltsames Bild der Zerfahrenheit zeigen. Der nationalliberale Herr Wölzel hebt den nationalliberalen Herrn Bassermann aus dem Sattel, und der freisinnige Herr Manz hebt Herrn Gothein aus dem Sattel. (Heiterkeit bei den Soz.) Im übrigen werden wir sowohl 1914 wie 1917 wieder dasselbe Spiel erleben, denn auch dann kann der Ersatz ja auch nur durch direkte Steuern aufgebracht werden. (Zustimmung bei den Soz.)

Am merkwürdigsten zeigt sich das Zentrum: Herr Lender steht in dem § 13 überhaupt einen Gewaltakt. Herr Speck ist prinzipiell gegen den Oktroi, will ihn aber aus denselben Gründen wie Herr Manz jetzt nicht beseitigen. Herr Erzberger nun gar will den Oktroi aufheben. Das Zentrum hat also dieses Mal nicht ein doppeltes, sondern ein dreifaches Gesicht. (Heiterkeit bei den Soz.)

Es hat den Anschein, daß im Bundesrat Herren sitzen, deren Neigungen mit denen der Petenten übereinstimmen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Deshalb haben wir alle Ursache, darauf zu halten, daß mit möglichst großer Mehrheit den Herren am Bundesratstisch klar gemacht wird, daß der Reichstag keine Lust hat, sich durch Annahme des Antrages Wölzel selbst ins Gesicht zu schlagen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Hoffentlich steht Herr Erzberger nicht allein unter seinen Freunden, als einziger weißer Rabe unter schwarzen Kollegen. (Heiterkeit.) Auch Herr Bassermann wird hoffentlich seinen Einfluß ausnutzen, damit seine Freunde nicht alle zu Herrn Wölzel einschwenken. Herr Bassermann ruft mir zu, die Mehrheit seiner Fraktion werde mit ihm stimmen. Ich registriere das gerne. Wir haben ja namentliche Abstimmung und werden die Probe aufs Exempel machen können. Herr Lender ruft mir zu, daß seine Freunde nicht minder warm für die Arbeiter fühlen, als wir. Ich verstehe nicht, wie Sie diese warmen Gefühle dadurch zum Ausdruck bringen können, daß Sie weiterhin Brot und Fleisch der Armen verteuern wollen. Ich bitte Herrn Lender, sein warmes Herz dadurch zu betätigen, daß er mit uns gegen die städtischen Steuern stimmt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Herr Erzberger hat gemeint, daß jeder, der die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erhalten will, gegen den Antrag Wölzel stimmen muß. Ich gebe das zu. Aber ich muß bemerken, daß wir Sozialdemokraten die heutige Wirtschaftsordnung nicht aufrecht erhalten wollen und trotzdem für den § 13 eintreten. Wenn der § 13 beseitigt wird, so wird das Vertrauen zum Reichstag in der Masse des Volkes noch mehr schwinden als es bisher schon der Fall ist. Es ist nun die Befürchtung laut geworden, das Metzger und Bäcker trotz Aufhebung des Oktrois mit den Preisen nicht herabgehen würden. Ich halte das für ausgeschlossen. In Offenbach sind die Metzger nach Wegfall des Oktrois sofort mit dem Preise herabgegangen, und erklärten ausdrücklich, daß sie nunmehr dazu in der Lage seien. Die Herabsetzung der Brotpreise um nur 1 Pfg. pro Pfund bedeutet für eine Arbeiterfamilie von 5—6 Köpfen eine jährliche Ersparnis von mehr als 20 Mk. also ungefähr einen durchschnittlichen Wochen-Arbeitslohn. Rechnen Sie die Reduktion der Fleischpreise hinzu, so ergibt sich für den Arbeiter ein Vorteil von mehr als 2 Wochen Lohn, wogegen die Erhöhung der Kommunalsteuerzuschläge nicht in Betracht kommt.

Bei den petitionierenden 1392 Gemeinden befinden sich 1172 bayerische. Wir haben überdies in Deutschland 125 000 Gemeinden, sodaß also noch nicht 1,1 Prozent in Frage kommt. Wegen dieses geringen Prozentsatzes von Gemeinden können wir nicht ein Versprechen brechen, das der Reichstag gegeben hat. Lehnen Sie den Antrag Wölzel ab. Wir werden unter allen Umständen auf Uebergang zur Tagesordnung stimmen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Abg. **Wölzel** (Natl.) empfiehlt seinen Antrag.

Abg. **Speck** (Zentrum) polemisiert gegen Gothein. Wenn Anhänger des Freisinns anderen Parteien Prinzipienlosigkeit vorwerfen, so wirkt das einfach komisch. Man denke nur an die Vorgänge beim Vereinsgesetz. (Sehr gut! im Zentrum und bei den Soz.) Redner erklärt sich nochmals aus Opportunitätsgründen für die Fristverlängerung.

Abg. **Bassermann** (natl.) erklärt sich nochmals im Namen eines großen Teils seiner Freunde für den Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Es sei nicht zu verkennen, daß z. B. in Mannheim die ärmeren Quartiere vom Oktroi getroffen seien.

Hiermit schließt die Beratung.

Nachdem der Abg. **Gothein** unter dem tobenden Lärm der Rechten und des Zentrums den fruchtlosen Versuch gemacht hat, eine persönliche Bemerkung vorzubringen, und nachdem der Abg. **Wölzel** auf das Wort zu einer persönlichen Bemerkung unter stürmischer Heiterkeit verzichtet hat, stellt Vizepräsident **Kämpf** die Anträge und zwar zuerst den Antrag Wölzel zur namentlichen Abstimmung.

Abg. **Bassermann** (natl.) (zur Geschäftsordnung): Es dürfte genügen, nur über den Kommissionsantrag namentlich abzustimmen.

Abg. **Singer** (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Der Vorschlag ist nicht akzeptabel. Sollte der Kommissionsantrag abgelehnt werden, so müßten wir auf namentliche Abstimmung über den Antrag Wölzel bestehen. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. **Bassermann** (natl.) schlägt nunmehr vor, zunächst über den Kommissionsantrag namentlich abzustimmen. Das Haus pflichtet dem bei.

Der **Kommissionsantrag** auf Uebergang zur Tagesordnung wird bei 3 Stimmenthaltungen mit 238 gegen 61 Stimmen **angenommen**.

Es folgt die dritte Lesung des Antrages der Polen betreffend die **Freiheit des Grunderwerbs**. Der Antrag wird debattelos mit den Stimmen der Polen, Sozialdemokraten, Freisinnigen, des Zentrums und einzelner Mitglieder der übrigen Parteien **angenommen**.

Es folgt die Beratung des Antrages **Lattmann** und Genossen (Wirtsch. Vgg.), der den Reichskanzler um eine

Abänderung des Patentgesetzes

ersucht, durch welche die Erfindungen der Angestellten und Arbeiter in geistiger und materieller Hinsicht besser geschützt werden sollen.

Abg. **Lattmann** (Wirtsch. Vgg.): Die Erfindungen der Angestellten dem Unternehmer zuzusprechen, bedeutet die Degradierung der Angestellten zu Leibeigenen. In Amerika ist das Patentgesetz den Angestellten weit günstiger. Auch liegt es im Interesse unserer Industrie, durch Gewinnbeteiligung den Erfindungsgeist der Angestellten zu fördern. Es muß ein Ausgleich gefunden werden zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dieser Frage.

Abg. **Dove** (Freis. Vgg.): Wir können doch nicht bestimmen, daß ein Angestellter seine Erfindung nicht einem anderen überlassen darf. Das wäre ein Eingriff in die Vertragsfreiheit. Der Chef ist keineswegs immer der „Ausbeuter", und vielfach läßt sich garnicht sagen, wieviel ein einzelner an einer Erfindung getan hat. Alle diese Schwierigkeiten würden auch geprüft worden sein, wenn der Antrag Lattmann nicht gestellt worden wäre. Da er aber da ist, stimmen wir ihm zu. (Beifall bei den Freis.)

Abg. Dr. **Junck** (Natl.): Die Frage wird erst bei einer Reform des ganzen Patentgesetzes geregelt werden. Da Herr Lattmann seinen Antrag aber eingebracht hat, werden wir ihm zustimmen. Das jetzige Patentgesetz ist von einem unsozialen Geiste durchweht. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Frank-Mannheim** (Soz.):

Wir stimmen dem Antrage zu. Allgemein wird ja Sympathie für eine soziale Ausgestaltung des Patentrechtes verlangt. Einigkeit zeigt das Haus aber nur darin, daß das Namensrecht dem Erfinder sichergestellt werden soll. Anders scheint es mit der Frage der materiellen Interessen zu stehen. Da sind die Herren vorsichtig im weiten Bogen herumgegangen. Meine Freunde halten es für notwendig, die Angestellten und Arbeiter gegenüber der Uebermacht des Kapitals zu schützen. Wir meinen, daß die Entschädigungspflicht des Unternehmers unbedingt festgelegt werden soll und zwar in einer Weise, daß sie nicht durch Verträge wieder wegeskamotiert werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Interessant war mir von Herrn Lattmann zu hören, daß der Kapitalismus sich als ein Hemmnis für den Erfindungsgeist erweist. Sonst macht man ja gerne dem Sozialismus den Vorwurf, daß die Verwirklichung seiner Ideen den Anreiz zu Erfindungen schädigen würde. Da darf ich wohl erwähnen, daß schon Weitling in seinen „Garantien" besondere Anreize für Erfindungen gegeben hat. So verlangt er, daß die Erfinder in die Regierung aufgenommen werden sollen. Allerdings weiß ich nicht, ob das zu allen Zeiten als Anreiz empfunden wird. (Heiterkeit.)

Jedenfalls stimmen meine Freunde jedem Antrage zu, der geeignet ist, das Recht eines Angestellten an seiner Erfindung zu sichern. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Resolution Ablaß und Genossen (Freis. Vpt.) betreffend **Getreideeinfuhrscheine**, sowie zur Materie gehörige Petitionen.

Schluß 7¼ Uhr.

Das preußische Abgeordnetenhaus

hat am Mittwoch seine Beratungen nach der Osterpause wieder aufgenommen und bei der Beratung des Etats der **Ansiedelungskommission** sofort einen erneuten Beweis dafür geliefert, wie wenig es seiner Mehrheit auf Recht und Gesetz ankommt, wenn es gilt, politische Machtzwecke durchzusetzen. Die Beratung über den Ansiedelungsetat nahm diesmal jedoch einen wesentlich anderen Verlauf, als es in früheren Jahren der Fall war. Außer den Vertretern der polnischen Fraktion, gegen die die preußische Gewaltpolitik gerichtet ist und die sich naturgemäß kräftig zur Wehr setzten, wurde nur eine schwache Kritik an den Maßnahmen der Regierung geübt. Man kann nicht Rosen von den Disteln pflücken, und man kann deshalb auch vom Freisinn und Zentrum keine entschiedene Bekämpfung preußischer Regierungsmaßnahmen erwarten. In diesem Jahre war die Rolle die der Freisinn spielte, aber noch kläglicher.

Er schickte als seinen ersten Redner den Abgeordneten **Wolff-Lissa** vor. Herr Wolff ist in Lissa infolge eines Kompromisses mit den Konservativen als deutscher Kandidat gegen den Polen gewählt worden. Er sagte auch nicht ein einziges Wort gegen die unerhörten Uebergriffe, deren Preußen sich im Osten gegenüber den Polen schuldig macht, er sang vielmehr ein hohes Lied auf den deutschen Mittelstand, der unbedingt erhalten werden müßte.

Ihren wesentlichsten Unterschied gegen früher aber erhielt die Debatte durch das Eingreifen der Sozialdemokratie. Genosse **Ströbel** wies an der Hand eines einwandsfreien Zahlenmaterials das klägliche Fiasko nach, das Preußen nach einer zweiundzwanzigjährigen, mit ungeheuren Kosten verknüpften Germanisierungsarbeit erreicht hat. Unser Redner legte klar, daß diese ganze angeblich nationale Politik weiter nichts ist, als die Vertretung der Interessen der Großgrundbesitzer, denen auf Kosten der breiten Massen der Steuerzahler in diesen 22 Jahren ungeheure finanzielle Vorteile zugeschanzt worden sind. Erst hat man künstlich die Güterpreise in die Höhe getrieben, und dann hat man mit dem Verkauf an die Polen gedroht, wenn nicht die Ansiedelungskommission zu hohem Preise das Gut ankaufe. Diese Gesinnung weiter begüterter Kreise des Ostens, die natürlich von Vaterlandsliebe nur so triefen, brandmarkte Ströbel in berechtigt scharfen Worten und riß damit dem geheuchelten Patriotismus dieser Herren die Maske vom Gesicht. Hatte doch zu allem Ueberfluß der konservative Abgeordnete **Wolff-Gorki** kurz vor unserem Redner erklärte, es sei nicht gut, wenn die Güterpreise allzusehr herabgingen. Einer eingehenden Besprechung unterzog unser Redner die Rebellion der kleinen Ansiedler, die in einer Massenversammlung in Gnesen vor kurzem mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Interessenvertretung der Großgrundbesitzer, den Bund der Landwirte, aufgetreten sind. So verlieren die Konservativen nach und nach ihren Anhang auch in den Volksschichten, die bisher glaubten, treu zu ihnen halten zu müssen. Der deutlich gehaltenen Absage dieser Ansiedler an das bisher für heilig gehaltene Evangelium des Bundes der Landwirte folgten die Absage der Mittelständler auf dem großen Berliner Mittelstandstage, auf welchem Doktor Hahn gebührend abgefertigt wurde, und schließlich die Massenkundgebung der Beamten, die gerade viel Prophezeiungen unserer Redner recht gegeben hat. Aus allen diesen Gründen lehnt unsere Fraktion ebenso wie die polnische Fraktion den

Stadt-Theater.

Am Mittwoch gastierte Herr **Gustav Fünfgeld** aus Mühlhausen i. E. als „Lyonel" in „**Martha**". Der Gast verfügt über einen Tenor, der in der Mittellage sonor und kräftig, in der Höhe jedoch mangels rationeller Ausbildung unfrei und wenig sympathisch klingt. Herr Fünfgeld sieht sich genötigt, die hohen Noten zu forcieren und dürfte sich, wenn er so weiter wirtschaftet, bald ausgeschrieen haben. Musikalisch scheint der Gast zu sein, wenn er sich nicht sehr unabhängig vom Kapellmeisterstabe zeigte. Das Spiel steht auf einem recht bescheidenen Niveau. Wenn Herr Fünfgeld, der entschieden alle Anlagen zu einem **guten** lyrischen Tenor hat, sich entschließen könnte, bei einem ersten Stimmbildner weiter zu studieren, dürfte er vielleicht in wenigen Jahren für unsere Bühne brauchbar sein. — An Stelle des Herrn Alsdorf sang diesmal Herr **Fabian**, der meines Wissens bisher als Richter aufgetreten war, den Lord Tristan. Er zog sich recht gut aus der Affäre; seine kleine, aber angenehme Stimme beherrschte den Gesangspart ziemlich sicher und auch im Spiel wußte Herr Fabian stets die Vornehmheit zu wahren. Nur die Stelle: „Sie liebt mich doch", die humoristisch wirken soll, verpuffte gänzlich. Die Manier des Frl. Jaffé, die hohen Töne ineinander zu ziehen, fiel gestern störender auf als je. — Das Orchester tobte wieder, als gälte es, Tote zu erwecken; dabei begrub es die Lebenden. H. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Sterbestätte der Neuberin. Aus Dresden wird der „Berliner Volkszeitung" geschrieben: In dem anmutig am linken Elbufer, eine halbe Stunde von Pillnitz entfernt sich ausbreitenden Dorfe **Laubegast**, bekanntlich durch seine großen Handelsgärtnereien, erhebt sich nahe am Elbufer unter einer schattigen Linde ein altes massives **Sandsteindenkmal**. Alljährlich wird es von Hunderten Literaturkundigen, Schauspielern und Schauspielerinnen besucht, die ernst und wehmütig des traurigen Lebensabschlusses der bedeutenden Frau gedenken, deren Medaillonreliefbild in sieghafter Jugendfrische und strahlender Schönheit herabblickt. Wir lesen die Ueberschrift:

Caroline Neuber,
Die Mutter des deutschen Schauspiels,
geb. 9. März 1697, gest. 30. Nov. 1760.

Der Vermerk „renoviert 1897" erinnert daran, daß am 200. Geburtstage der „Neuberin, geborene Weißbornin aus Reichenbach i. V.", wie sie im Deutsch ihrer Zeit genannt wurde, eine Erneuerung des Denkmals erfolgte. Mitglieder des Dresdener Hoftheaters unter der Führung des nun auch verstorbenen berühmten Heldendarstellers der alten klassisch-pathetischen Schule Professor Porth waren es, die für Erneuerung des Denkmals sorgten und es in würdiger Feier wieder der Oeffentlichkeit und der Obhut der Gemeinde übergaben. Die hochansehnliche Kunstgemeinde begab sich darauf nach dem eine halbe Stunde von Laubegast entfernten Kirchdorfe Leuben, um auch das Grab der verdienten Frau zu schmücken. Eine einfache monumentale Sandsteinplatte mit Namenseinschrift bezeichnet es. Sie trägt den Vermerk: Errichtet von Mitgliedern des königlichen Hoftheaters zu Dresden im Jahre 1852.

Erst seit Erweiterung des Friedhofes befindet sich die Grabstätte in seinem mittleren Teile, links vom Haupteingange. Einst lag sie unmittelbar an der Kirchhofsmauer. Der damalige Pfarrer von Leuben hatte die Schlüssel zum „Gottesacker" verweigert. In einem Karren wurde die Armenleiche der „alten Komödiantin" herbeigeschafft und über die Mauer gehoben. Das Grab jenes Pfarrers vermag niemand zu zeigen, das der armen geschmähten Komödiantin ist ein Wallfahrtsort derselben Kunst geworden, um deretwillen man ihr ein ehrliches Begräbnis versagte. Leider ist nun bei der 1897er Erneuerung des Neuberin-Denkmals von 1776 die alte inhaltreiche und formschöne ursprüngliche Inschrift — sie soll von dem Satiriker Wilhelm Rabener herrühren — zerstört worden. Nur ein Zitat ist aufs neue eingemeißelt worden:

„Zur Ehrung einer Frau voll männlichen Geistes, der berühmtesten Schauspielerin ihrer Zeit, der Urheberin des guten Geschmackes auf der deutschen Bühne."

Das Häuschen, in dem Caroline Neuberin ihren mühseligen Lebensabend beschloß, kaum dreißig Schritt vom Denkmal entfernt, ist leider schon 1896 dem Abbruch verfallen. Damals wurde der altertümliche Gasthof „Stadt Amsterdam" durch einen prächtigen Neubau ersetzt, das daneben gelegene Neuberin-Häuschen weggerissen und der Platz unter dem Namen „Neuberin-Terrasse" in einen Restaurationsgarten umgewandelt, von dem man eine liebliche Aussicht auf die Elbe und die gegenüberliegenden Berge hat. In einigen Tagen werden sich auf der Sterbestätte der Neuberin Kauflustige drängen. Der Gasthof „Stadt Amsterdam", dessen Besitzer freiwillig aus dem Leben schied, wird zwangsweise versteigert werden, und damit auch die Sterbestätte der Caroline Neuberin.

Aus aller Welt.

Der Raubanfall auf den Geldbriefträger. Unter dem dringenden Verdachte, den Geldbriefträger Eulenburg in Berlin überfallen und beraubt zu haben, ist der Kaufmann Emil K. in Schöneberg verhaftet worden. Auf dem Polizeipräsidium wurde er mehreren Zeugen gegenübergestellt. K., der schon mehrfach bestraft ist, wurde zwar durch die Zeugenaussagen erheblich belastet, der Beweis für seine Täterschaft konnte aber bisher nicht erbracht werden. K. wurde in Haft behalten.

2800 Mark von Mäusen aufgefressen. Der Besitzer H. in Dwielen bei Prökuls hatte vor einiger Zeit sein Grundstück verkauft und den Erlös von 2800 Mark in seiner Wohnung verwahrt, da er bei den gegenwärtigen politischen Zeitläuften den Sparkassen und Banken nicht recht traute. Als H. dieser Tage sein Vermögen nachzählen wollte, fand er nur einen Haufen kleiner Fetzen; Mäuse hatten sich an den Papieren gütlich getan. Der Wert der deutschen Noten im Betrage von 2000 Mark ist ihm von der Reichsbank in Berlin erstattet worden, da die Nummern der zerfressenen Scheine noch festgestellt werden konnten. Die übrigen 800 Mark, die aus russischem Papiergeld bestanden, mußte H. als Lehrgeld lassen.

Im Luftballon geboren. Wenn auch die Luftschiffahrt schon einige Jahrzehnte alt ist, so hat dennoch die Chronik noch in keinem einzigen Falle berichten können, daß ein Erdenbürger in diesem Fahrzeug das Licht der Welt erblickt habe. Erst jetzt ist dies zum ersten Male geschehen. Alfonso Marca — aus Barcelona — wollte vor einigen Tagen mit einem Freiballon einen Aufstieg machen, doch waren die Winde so ungünstig, daß seine Frau sich gegen einen Aufstieg ihres Mannes sträubte, außer wenn er sie auf der Fahrt mitnehme. Dies tat denn auch Marca. Das Ungewöhnliche der ersten Auffahrt übte bei Frau Marca jedoch die Wirkung aus, daß sie vorzeitig eines Knaben genaß. Pflichtgemäß stellte der Luftschiffer als Geburtsort seines Sohnes die Gegend um Hendaye an der französischen Grenze fest. Der Zustand der Mutter erlaubte nur eine langsame Landung, die schließlich hart an der französischen Grenze vor sich ging. Mutter und Kind wurden in der Nähe untergebracht. Wäre das Luftschiff nur zwei Kilometer weitergetrieben worden, so hätte der Sprößling auf französischem Boden das Licht der Welt erblickt.

Bombardement mit Elektrizität. Aus New York wird berichtet: Der Schiffsbauingenieur Louis Nixon, der jetzt nach einer Studienreise aus Deutschland und Rußland hierher zurückgekehrt ist, hat einem Interviewer gegenüber interessante Aeußerungen über die Zukunft der Kriegsmarinen getan, die im Munde eines Fachmannes besonderes Gewicht haben. „Ich glaube", so äußerte sich Nixon, „daß die Kriegsschiffe, die nach einem Jahrzehnt konstruiert werden, sowohl in ihren Dimensionen, als auch in Bezug auf ihre Kosten alles übertreffen werden, was heute schwimmt oder geplant wird. Es gibt keinen Grund, warum nicht Schiffe von vierzig- oder fünfzigtausend Tons gebaut werden sollen, vorausgesetzt, daß nicht besondere Erfindungen eine Revolution im Seekriegswesen hervorrufen." Auf die Frage, ob er an die Möglichkeit einer der

Ansiedlungsgesetz ab. Die übrige Debatte war bedeutungslos, denn daß die Konservativen beider Schattierungen und die Nationalliberalen die preußische Polenpolitik für richtig halten, brauchen sie nicht besonders zu versichern.

Partei-Angelegenheiten.

Keine Doppelkandidaturen. Im 37. ländlichen sächsischen Wahlkreise, den bisher Genosse Goldstein im Landtage vertreten hat, wurde Genosse Karl Sindermann aus Dresden als Kandidat aufgestellt. Die Wiederaufstellung des Genossen Goldstein mußte unterbleiben, da die sächsische Landesversammlung beschlossen hat, daß Reichstags- und Landtagsmandate nicht in einer Person vereinigt werden sollen. Genosse Goldstein ist auch schwer erkrankt.

Bei den Gemeindevertreterwahlen in Pankow erhielten die bürgerlichen Kandidaten Ingenieur Schreiber 773, Bureauassistent Kaufmann 772 und die Sozialdemokraten Arbeiter Hirschweier und Rendant Brall je 598 Stimmen. Die beiden bürgerlichen Kandidaten sind daher gewählt.

Der Sozialdemokratische Kreisverein in Mülhausen im Elsaß beschloß in seiner am Sonntag den 18. April abgehaltenen Generalversammlung eine Reihe von Abänderungen zum Entwurfe des neuen Organisations-Statuts, so u. a. den Antrag auf Aufhebung des jetzt bestehenden Privilegs der Reichstagsfraktion, dahingehend, daß die Mitglieder der Reichstagsfraktion, wie auch die vom Parteivorstand berufenen Referenten auf den Parteitagen in allen Fragen nur beratende Stimme haben sollen. Zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages sollen 15 Wahlkreis-Organisationen statt, wie der Entwurf vorschlägt, 15 Vorstände der Bezirks- bezw. Landes-Organisationen berechtigt sein. In den Bestimmungen über den Ausschluß aus der Partei soll der neu vorgeschlagene Satz gestrichen werden, wonach der Ausschluß auch erfolgen kann, wenn ein Mitglied „wiederholt in bewußter Weise die Parteiinteressen schädigt".

Zur Maifeier schloß sich die Kreisversammlung dem Beschlusse des Ortsvereins Mülhausen an, daß die gemäß dem Beschlusse des Nürnberger Parteitages abzuführenden Beiträge (Taarkverdienst) der feiernden Parteimitglieder, die infolge der Feier keinen Schmalzug erleiden, zur Verstärkung des Fonds für ein Volkshaus in Mülhausen dienen sollen, soweit sie zur Entschädigung für Gemaßregelte nicht benötigt werden.

Nach den in der Versammlung gemachten Mitteilungen wird die Arbeitsruhe in der Großindustrie an diesem ersten Mai eine Erweiterung erfahren.

Zum fünften Male gewählt. Zum Gemeindevorstandsmitglied in Mölsling bei Fürth wurde der Genosse Schiering mit 70 gegen 9 Stimmen gewählt. Vordem war der Genosse Meyer viermal gewählt, doch nie bestätigt worden, weil er sozialdemokratischer Agitator sein sollte. Die Sache wurde wiederholt in der Bürgerschaft besprochen und hat seiner Zeit großes Aufsehen erregt. Es bleibt abzuwarten, ob Genosse Schiering nunmehr die Bestätigung der Aufsichtsbehörde erhalten wird.

Sehnsucht nach neuen Ausnahmegesetzen bekundet die „Kreuzzeitung" wieder einmal. Sie verfolgt mit wachsender Sorge die Bildungsarbeit der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften unter der proletarischen Jugend und sieht auch in der Gründung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden für die Hausangestellten und die Land- und Waldarbeiter höchst beunruhigende Symptome für die kapitalistische Gesellschaft. Ihr Herzenserguß klingt in dem folgenden Schrei nach einem neuen Ausnahmegesetz gegen die organisierte Arbeiterschaft aus: „Niemand, der den Dingen vorurteilslos gegenübersteht, wird aber hiernach leugnen können, daß die sozialdemokratische Parteiorganisation mit ihrer Zwangsherrschaft über die Massen sich zu einer immer ernsteren Gefahr herauszuwachsen beginnt, der die gegenwärtige Staatsgewalt nicht nur mit einem Achselzucken gegenüberstehen sollte."

Eine frisch-fröhliche Hetze gegen die Sozialdemokratie wäre das, was die Blockparteien jetzt am notwendigsten brauchen könnten, um die Aufmerksamkeit des Volkes von ihrer schamlosen Interessenpolitik in der Reichsfinanzreform abzulenken.

Arbeiterbewegung.

Günstiger Tarifabschluß. Ohne Kampf haben die Brauereiarbeiter in Regensburg einen sehr günstigen Tarif abgeschlossen. Charakteristisch dabei ist die Tatsache, daß nach Einreichung der Forderungen der freiorganisierten Arbeiter einige Unternehmer schnell noch eine christliche Streikbrecher-Organisation gründen wollten, um die günstige Situation der freiorganisierten Arbeiter abzuschwächen.

Der Schuhmacherstreik in Mannheim ist beendet. Die Verhandlungen führten zu einem Vergleich, nach dem den Schuhmachern eine minimale Lohnerhöhung zugesichert ist. Alle Ausständigen wurden wieder untergebracht.

Schreiner-Aussperrung. Der Ortsverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe in Dortmund beschloß, am Sonnabend sämtliche Schreiner wegen der bekannten Differenzen auszusperren. Es handelt sich um etwa 400 Arbeiter.

Ein Aerztestreik in Nürnberg. Die Organisation der Aerzte in Nürnberg hat den Vertrag mit sämtlichen Krankenkassen gekündigt und verlangt jetzt — unter Berufung auf die teuren Lebensverhältnisse — eine Erhöhung der Honorare um 35 bis 50 Prozent. In einer gemeinsamen Sitzung der Krankenkassenvorstände wurde einhellig die Ansicht kundgegeben, daß die Forderungen unter keinen Umständen bewilligt werden können. Sämtliche Kassen erklärten sich solidarisch und wählten eine 13gliedrige Kommission, die nach Bedarf vergrößert werden kann und die die Verhandlungen mit dem ärztlichen Bezirksverein führen soll. Auffallend ist, daß der Vertrag mit der Gemeindekrankenkasse nicht gekündigt wurde.

Keine Sonntagswahl. In Nürnberg finden demnächst die Gewerbegerichtswahlen statt. Hierzu hatten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften den Antrag gestellt, die Wahl der Arbeiterbeisitzer an einem Sonntag vorzunehmen. Der Magistrat hatte daraufhin bei den freien Gewerkschaften angefragt, ob sie sich etwa diesem Gesuch anschließen würden, was verneint wurde. Deshalb wurde vom Referenten Ablehnung beantragt. Der Magistratsrat Genosse Wierfel erklärte, daß die Sozialdemokratie prinzipiell die Sonntagswahlen verlange, besonders für politische Wahlen. Hier habe aber die Sache auch noch eine andere Seite. Bei den politischen Wahlen kommen nur Wähler in Betracht, die am Orte selbst wohnen, während bei den Wahlen zum Gewerbegericht tausende von Arbeitern, die in Nürnberg beschäftigt sind, aber auswärts wohnen, das Wahlrecht haben. Ihnen würde zum Teil die Ausübung des Wahlrechts am Sonntag erschwert. Der Magistrat beschloß, das Gesuch abzulehnen und die Wahl auf einen Werktag festzulegen.

Die 36stündige Ruhezeit im Bäckergewerbe. Im Auftrage des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hat Karl Hetzschold, der Leiter dieses Verbandes, dem Reichstage eine Denkschrift unterbreitet, in der er die gesetzliche Einführung eines 36stündigen Ruhetages in jeder Woche für die Bäckereigehilfen fordert. In dem Vorwort zur Denkschrift heißt es: „Die deutschen Bäcker- und Konditorgehilfen hat, lange bevor es überhaupt eine Organisation gab, die Sehnsucht nach einem Sonntag wie alle anderen Menschen beseelt. Vor Jahrhunderten hatten sie, wie die übrige Menschheit auch, ihre kirchlichen Sonn- und Feiertage, denn sie arbeiteten am Tage. Erst vor etwa 150 Jahren fand durch unlautere Konkurrenz die Nachtarbeit in den deutschen Städten immer mehr Eingang. Von da ab mußten die Bäcker und vielfach auch die Konditoren sieben Nächte arbeiten. Das Organisationsverbot und seine Nachwirkungen machten die Arbeiter dagegen wehrlos. Nur teilweise haben auch die Arbeitgeber das Verderbliche dieser siebennächtigen Arbeiterwoche für sich klar eingesehen. So findet man heute nur noch in Rheinland und Westfalen einige Landesstriche, wo die Bäckereibesitzer selbst streng auf ihren Sonntag und damit also auf die sechstägige oder mindestens sechsnächtige Arbeitswoche im eigenen Interesse gehalten haben. Die Regierungspräsidenten in Münster und Westfalen und Düsseldorf haben durch Verordnungen die Sonntagsruhe für diese Bezirke gesetzlich festgelegt. Was dort möglich ist, ohne Schaden des Gewerbes, was überall im Auslande Gesetz ist, das kann bei einigermaßen gutem Willen in allen deutschen Gauen durchgeführt werden. — Zur Unterstützung der Forderung des Verbandes hat dessen Vorsitzender eine Umfrage an Aerzte, Gelehrte und Sozialpolitiker gerichtet, in der folgende Fragen gestellt werden: „1. Ist das vollständige Fehlen eines täglichen Ruhetages in der Woche in rein gesundheitlicher Beziehung eine Schädigung der Kategorie der Bäckereiarbeiter? 2. Kann dieses Fehlen des Ruhetages unter den angegebenen Umständen zu einem dauernden Schaden für die Gesundheit dieser Arbeiter werden? 3. Wenn beide Fragen ganz oder teilweise bejaht werden: Können diese Schädigungen bei einem Beruf, der das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes produziert, zu einer Gefahr für das konsumierende Publikum und für die Volksgesundheit werden?

Auf diese Umfrage, der eine umfangreiche Begründung beigegeben ist, sind bei dem Verbande zahlreiche Antworten, alle zustimmenden Inhalts, eingegangen. Professor D. Jastrow-Charlottenburg, Direktor der Berliner Handelshochschule schreibt zum Beispiel folgendes: „Der Zielpunkt der Reformbestrebungen im Bäckereigewerbe muß nach meiner Ansicht nicht die Beschränkung der Nachtarbeit sein, sondern ihre Beseitigung. Wenn ich die Wahl habe, ob ich auf die frische Frühstückssemmel, oder ob Tausende meiner Mitmenschen auf ihre Nachtruhe verzichten sollen, so fällt mir die Wahl nicht schwer. Daß die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien einen Eingriff in eine uralte Regelung der Arbeitsweise enthalte, ist nichts als ein weit verbreiteter Irrtum. Unsere Großeltern in ihrer Jugend haben die frische Frühstückssemmel als tägliche Speise nicht gekannt, und was in 2 Generationen allgemein geworden ist, kann wohl in einer Generation abgeschafft werden, ohne daß dieses als ein Umsturz von Gewohnheiten aus unordentlichen Zeiten hingestellt werden dürfte."

Der bekannte Züricher Professor Forel beantwortet die beiden ersten der gestellten Fragen mit einem unbedingten Ja. Mit der dritten Frage sei es eine andere Geschichte. „Ich glaube nicht, schreibt er, daß das konsumierende Publikum als solches durch die abscheuliche Ueberarbeitung der Bäckereiarbeiter direkt geschädigt wird. Dagegen bedeutet die Schädigung einer bestimmten Klasse von Menschen selbstverständlich eine partielle Schädigung unserer Rasse, und ich bin der Ansicht, daß eine Remedur unbedingt am Platze ist." Der bekannte Sozialpolitiker und Herausgeber der „Sozialen Praxis" Professor Dr. Francke erklärt ebenfalls seine volle Sympathie für die Bestrebungen der Bäckereiarbeiter, sich einen vollen Ruhetag in jeder Woche zu erringen. — Der frühere preußische Handelsminister, Begründer und Vorsitzender der Gesellschaft für Soziale Reform Freiherr v. Berlepsch hält das Fehlen eines vollständigen Ruhetages in der Woche für einen dauernden Schaden für die Gesundheit der Bäckereiarbeiter nicht nur, sondern auch für eine Gefahr für das konsumierende Publikum und für die Volksgesundheit. Das Publikum würde sich sehr bald an die Folgen der gesetzlichen Festlegung der Arbeitsruhe am Sonntag gewöhnen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. April.

Geschichtskalender.

23. April.

1616 William Shakespeare in Stratford am Avon †.
1897 Wilhelm II. telegraphiert an seinen Bruder von den „vaterlandslosen Gesellen".

Was sich Studenten gefallen lassen.

Ueber allerlei mehr wie sonderbare Praktiken bei der Studenten-Krankenkasse der Breslauer Universität beschwerten sich jüngst einige Mitglieder in der „B. Z.". Die Kasse, der alle Studenten beizutreten verpflichtet sind, „gewährt ihren Mitgliedern, sofern sie in Breslau anwesend sind, für 13 Wochen freie ärztliche Hilfe, Arzneien, Bandagen rc." Hierfür hat jeder immatrikulierte Student einen monatlichen Beitrag von 40 Pfg. zu zahlen, der pränumerando bei Beginn des Semesters zu erlegen ist und sicher in Anbetracht der in Aussicht gestellten Leistungen als nicht zu hoch angesehen werden kann. Wie sieht es aber mit den Leistungen in Wirklichkeit aus? So fragen die Artikelschreiber und antworten alsbald, daß von einer freien Arztwahl keine Rede sein könne, sogar die Apotheken seien vorgeschrieben, wo man Rezepte anfertigen lassen dürfe, ganze Stadtteile, in denen Akademiker wohnen, seien ohne Kassen-Apotheke, und jeder Student, der die Kasse benützen will, muß seine Medikamente aus einer dieser fünf Apotheken beziehen, auch wenn er noch so weit entfernt wohnt. Das wirke umso bedenklicher, als doch die Anregung zur freien Arztwahl bei den übrigen Kassen von Akademikern ausgegangen sei, und hier würden den Akademikern die für andere gültigen fortschrittlichen Einrichtungen verweigert. Nur 6 Spezialärzte ständen den über 2000 Studenten zur Verfügung, und selbst diese hielten jeder nur 2 bis 3 Sprechstunden wöchentlich ab! Arbeiter würden sich, das ist sicher, derartige Maximen nicht gefallen lassen!

Ein weiterer Passus des Universitätskrankenkassenprospektes besagt: „Die Kasse ist nicht in der Lage, das ärztliche Honorar anderer als der oben angeführten Aerzte zu bestreiten, abgesehen von einem einmaligen dringlichen Besuche in Notfällen", und weiter unten: „Bei plötzlichen schweren Erkrankungen sind die Mitglieder berechtigt, ausnahmsweise einen der oben genannten Aerzte zu sich in die Wohnung zu bitten ... Die Gesuche um Hausbesuche geschehen schriftlich ...." Die letzte Bestimmung ist, sagt der Verfasser sehr richtig dazu, zum mindestens kleinlich und rückständig; die ganze Institution der Kasse aber, wie sie sich aus diesen Bestimmungen ergibt, ist durchaus unzulänglich und kann in keiner Weise den Anforderungen, die man an eine Krankenkasse zu stellen gewohnt ist, entsprechen. Bei einem plötzlichen Unfall beispielsweise, der einem Mitgliede zustoßen würde, müßte sie vollständig versagen. Die Sprechstunde des betr. Arztes für chirurgische Fälle ist nur zweimal wöchentlich, nämlich Montag und Donnerstag von 4½—5½ Uhr. So lange mit einem gebrochenen Arm oder Bein oder sonstigen Verletzungen auf ärztliche Behandlung zu warten, ist wohl kaum angängig; zu einem ausführlichen schriftlichen Gesuch um den Besuch des Kassenarztes wird in einem solchen Moment weder Zeit noch Ruhe vorhanden sein. Dem Verletzten wird also als einziges Mittel übrig bleiben, sich an den zunächst erreichbaren Privatarzt zu wenden, und da es bei schweren Verletzungen bei einem ärztlichen Besuch kaum sein Bewenden haben wird, muß eben das Kassenmitglied seine Doktorrechnung aus eigener Tasche bezahlen. Aehnlich liegen die Dinge auch in anderen Fällen. Um noch ein Beispiel zu erwähnen: Einem Kassenmitglied, das am Freitag plötzlich von heftigen Zahnschmerzen befallen wird, kann die Aussicht auf kostenlose Behandlung am nächsten Dienstag, also nach reichlich vier Tagen, wenig nützen.

---

artigen Umwälzung des Kriegswesens glaube, erwiderte Nixon, daß die Möglichkeit nicht allzu klein wäre. „Als die amerikanische Flotte ihre Weltreise ausführte, kam eines Tages die Meldung, daß ein Matrose verletzt worden sei durch den elektrischen Strom, der zwischen zwei drahtlosen Telephonapparaten ausgetauscht wurde. Nur wenige Leute lasen diese kleine Notiz, die nach meiner Ansicht außerordentlich wichtig ist." Denn Nixon hält es nicht für unmöglich, daß künftige Entdeckungen es ermöglichen werden, Schiffe zu konstruieren, die imstande sind, gewaltige Elektrizitätsmengen auszustoßen, die bei einem vielleicht acht oder zehn Kilometer entfernten Schiffe alle lebenden Wesen an Bord vernichten können. „Marconi hat entdeckt, wie man ohne Draht Elektrizität aussenden kann; für das elektrische Kriegsschiff wäre es nun nötig, ein Mittel zu erfinden, um den ausgesandten Strom eine bestimmte Richtung geben zu können. Und ich glaube, daß dies in nicht allzuferner Zeit gefunden werden wird." (Wir wollen hoffen, daß die Auffindung dieses Mittels noch recht lange auf sich warten lassen wird. D. Red.)

Wilhelm II. auf der Bühne. Den Offizieren der Mannheimer Garnison wurde der Besuch der Komödie „Der König" verboten, weil der Darsteller der Titelrolle in der Maske Kaiser Wilhelms II. erschien. — Allerdings ein echt süddeutsches, antipreußisches freches Unterfangen. Der Titelheld ist ein erotischer König, der etwa im Range des Nikita von Montenegro steht. Schon allein diesen geringen Rang mit der äußeren Erscheinung des deutschen Kaisers in Verbindung zu bringen, berechtigt durchaus das Verbot.

Flugversuche in Aachen. Der Flugtechniker Professor Reißner unternahm gestern in Aachen, wie ein Telegramm von dort meldet, mit seinem zweisitzigen Aeroplan einen Flugversuch, bei dem er die Strecke von vierzig Metern in einer Höhe von fünf Metern zurücklegte.

Die Cholera in Rußland. Die Cholera, die im vergangenen Jahre in Rußland zahllose Opfer forderte, scheint sich wieder zu verbreiten. Einem Telegramm aus Petersburg zufolge sind die Krim und die Ladogakanäle für choleraverdächtig erklärt worden.

Ein fürchterlicher Fund ist bei Hagenow i. M. gemacht worden. Beim Pflügen des Ackerlandes gegenüber zum Bahnhof Hagenow-Land stießen Ackerleute in circa 1 Fuß Tiefe auf den grausig verstümmelten Leichnam eines Mannes. Oberkörper, Arme, Füße und Kopf waren eingeln und die Knochen fast sämtlich losgelöst, in dünnes Seitenzeug mit dem Datum vom 14. April eingewickelt, mit Moos bedeckt und mit einer Schicht Kochsalz überschüttet. Allem Anscheine nach handelt es sich um einen Lustmord, dessen Opfer von auswärts nach hier gebracht wurde. Die Leichenteile wurden nach Rostock in die Universitätsklinik zur weiteren Untersuchung gebracht.

Fünf Millionen Mark Brandschaden. Eine Feuersbrunst brach, wie aus Belfast gemeldet wird, in der Branntweinbrennerei von Mac Connell aus; das Feuer nahm eine große Ausdehnung an. Der Schaden beläuft sich auf 250.000 Pfund Sterling (fünf Millionen Mark).

Ein unerhörter Bade-Skandal wurde am Dienstag, den 20. April, in einer Verhandlung vor dem Landgericht in München II aufgedeckt. In dem von der besseren Gesellschaft besuchten Hotel „Edelmaier" in Krankenheil, Bad Tölz, wurde das Personal seit mehreren Jahren mit Hundefutter abgespeist. Die Angestellten erhielten nur Fleisch, das von den Gästen zurückkam, wobei zu beachten ist, daß in Tölz syphilitische Kranke zur Kur waren. Außerdem bekam das Personal dieses Fleisch in der Regel nur dann, wenn es stinkend geworden war. Es besteht der Verdacht, daß auch Gästen frische Fleischreste, die zurückgekommen waren, vorgesetzt erhielten, doch konnte in dieser Beziehung der Beweis nicht mehr erbracht werden. — Die Besitzerin des Hotels wurde leider nur zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der junglibérale Agitator, Rechtsanwalt Kohl, hatte merkwürdiger Weise die Vertretung der Angeklagten übernommen und hatte den Mut, trotz der nachgewiesenen Scheußlichkeiten ihre Freisprechung zu beantragen, weil diese Sache doch nichts weiter als Dienstbotengeschwätz sei.

Ein Vulkanausbruch in Mexiko. Am Montag hat nach einer Meldung aus Mexiko ein heftiger Ausbruch des Vulkans Pico de Colima stattgefunden. Weite Flächen sind mit Asche und Lava bedeckt. Abends erfolgte ein heftiger Erdstoß.

Der Graf mit dem Armenrecht. Das Oberlandesgericht in Frankfurt am Main hat dem Grafen Georg von Morenberg, der bekanntlich eine russische Großfürstin zur Frau hat und dadurch mit dem Zar verwandt ist, in seinem Prozesse gegen die Erzherzogin von Luxemburg, betr. das nassauische Fideikommißvermögen, das Armenrecht bewilligt. In der ersten Instanz entstanden dem Grafen von Morenberg 55 000 Mk. Kosten, da sich der Prozeß um eine Summe von ungefähr 1½ Millionen Mark dreht.

Eisgang am Niagara. Am Niagara herrscht, wie ein Drahtbericht aus New York meldet, das größte Entsetzen, da der Eisdamm, der den Fall zurückhält, eine riesige Größe erreicht hat. Man befürchtet, daß die ganze Umgegend von den angesammelten Fluten hinweggerissen wird, falls der Damm auf einmal bricht. Namentlich die Bewohner von Fort Niagara und Learscon hegen die größten Befürchtungen für ihre Sicherheit. Das Kriegsministerium hat eine Pionierabteilung abgeordnet, die den Eisdamm an verschiedenen Stellen sprengen soll, um ein Abfluten der gestauten Wassermengen zu veranlassen. Die Eismassen stammen aus den großen Seen, aus denen bereits seit einigen Wochen der Eisgang vor sich geht.

Neue Straßenbahnwagen. Die größte Zahl von Unfällen im Straßenbahnbetrieb ist wohl auf das Auf- und Abspringen von den in Fahrt befindlichen Wagen zurückzuführen. Bei neuen Wagen, die seit Oktober vorigen Jahres in Philadelphia laufen, soll dies auf einfache Weise vermieden werden. Die Wagen besitzen zwei vollkommen umschlossene Plattformen, die aber ins Wageninnere mit einbezogen sind, sodaß zwischen ihnen und dem Wagen selbst keine Türen vorhanden sind. Die vordere Plattform, auf der sich auch der Führerstand befindet, dient nur zum Aussteigen, die hintere, auf der der Schaffner seinen Platz hat, nur zum Einsteigen. Gezahlt wird nur beim Einsteigen, während man an dem Schaffner vorbeigeht. Bevor sich der Wagen in Bewegung setzt, werden nun die nach außen führenden Schiebetüren beider Plattformen durch Druckluft vom Wagenführer oder Schaffner geschlossen und gleichzeitig die zu den Plattformen führenden Stufen hochgeklappt. So lange sich nun der Wagen in Fahrt befindet, bleiben die Türen geschlossen und die Stufen hochgeklappt, sodaß während der Fahrt ein Verlassen oder Besteigen des Wagens ausgeschlossen ist.

Zwei neue Riesendampfer, die die 228 Meter langen Schiffsungeheuer „Lusitania" und „Mauretania" der Cunard-Linie weit hinter sich lassen, hat gegenwärtig die White Star Line in Belfast im Bau. „Olympic" und „Titanic" werden voraussichtlich schon im nächsten Winter den Dienst aufnehmen können. Es sind wirklich schwimmende Paläste von je 300 Meter Länge; sie haben eine Größe von 60,000 Tonnen. Auf jedem dieser beiden Schwesterschiffe werden 5476 Menschen untergebracht werden können; davon sind 700 Offiziere und Mannschaften, während die übrigen 4776 Fahrgäste sind. Hiervon sind 776 in der ersten Klasse, 500 in der zweiten, während die übrigen 3500 im Zwischendeck untergebracht werden. Die beiden Riesendampfer stehen hinter den „Lusitania" und „Mauretania" an Geschwindigkeit zurück, denn sie sollen nur 20 Knoten fahren; ihre gewaltige Länge muß aber das Fahren auf ihnen äußerst angenehm und ruhig machen. Fahrzeuge von so bedeutender Länge können nämlich über drei Wellenzüge mittlerer Größe liegen, was die sonst durch Wellen erzeugte Schaukelbewegung bedeutend verringert.

„ein nicht kleiner Teil der Studierenden freiwillig auf die Vergünstigungen verzichten, die ihnen ihre Zwangsmitgliedschaft bei der Universitätskrankenkasse bietet, und im Bedarfsfalle die Behandlung eines Privatarztes aufsuchen. Die Behandlung der Mitglieder in den Universitätskliniken ist nicht gerade angenehm, von nicht zu unterschätzender Gefahr aber ist die gewissermaßen öffentliche Behandlung der Haut- und Geschlechtskrankheiten. Für die vielen, die sich ihrer Krankheit vor den Kommilitonen schämen, muß es mehr wie peinlich sein, durch den regelmäßigen Besuch der öffentlichen Klinik ihr Leiden der Allgemeinheit kund zu tun, und es mag in nicht wenig Fällen dazu geführt haben, daß die Kranken zu dem durch die Reklame angepriesenen Mittel gewissenloser Kurpfuscher griffen, oder gar ihre Krankheit vernachlässigten und so einem dauernden Siechtum verfielen."

Natürlich lassen sich derartige Mißstände nur beseitigen, wenn die Studenten sich dagegen kräftig zur Wehr setzen. Und die Beiträge erhöhen! Wer nichts zahlt — das sollten sich die Akademiker von den Arbeitern bestätigen lassen — kann auch von einer Kasse nichts verlangen.

Ueber die neue Scheitniger Brücke,

die man „Kaiserbrücke" getauft hat, und über den Fortschritt des Baues während der 1½jährigen Bauzeit berichtet einer zusammenfassend in der „Breslauer Zeitung" das Folgende:

Ein gewaltiger Abschnitt im Bau der neuen Kaiserbrücke ist nunmehr beendet, ja, man kann sagen, die Brücke ist zur Hälfte fertig, wenn auch nach außen hin dies naturgemäß noch nicht sehr zutage tritt. Am Anfange des Jahres 1908 wurde an dem Südufer der Oder, am Ohlauufer, der erste Spatenstich getan. Die Arbeiten begannen mit dem Ausschachten der Grube für das Fundament der Rückhaltketten; etwa Mitte März wurden auch die Arbeiten auf dem Nordufer in Angriff genommen. 4500 Kubikmeter Boden oberhalb der Ordinate und 116,00 wurden im Trocknen ausgeschachtet und auf abgezäunten Plätzen aufgeschichtet; ebensoviel Boden war innerhalb der mittels Preßluft zu senkenden Kästen zu lösen, auszuschleusen und fortzubefördern. Für die Fundierungskästen nebst den Verankerungen wurden 600 Tonnen Eisen, zur Füllung derselben 7380 Kubikmeter Beton notwendig. Mit 7680 Kubikmeter Beton wurden die Senkkasten außerhalb im Freien umgeben. Diese gewaltigen Betonklötze von 30 Meter Länge, 13,6 Meter Breite und 10 Meter Tiefe sind also mit dem Eisenfachwerk derartig durchsetzt, daß die ständige Wirkung des gesamten Klotzes für die Sicherheit der Verankerung gewährleistet ist und dienen zur Verankerung der Brücken-Tragketten. Mit dem Gewicht von zwanzig Schnellzugslokomotiven hatte Stadtbauinspektor Brugsch, der damals die Vorarbeiten und den Anfang der Bauarbeiten leitete, jedoch die Stadtbaurätsstelle in Rathenow übernahm, die Schwere jedes der vier an den Rückhaltketten hängenden Betonklötze verglichen. Die Kette wird auf Steinpfeilern aufgelagert, welche durch einen Torbogen verbunden werden; der Kern dieser Pfeiler wird 1970 Kubikmeter Klinkermauerwerk in Zementmörtel umfassen, wozu noch 824 Kubikmeter Werksteinverblendung aus Muschelkalk, sowie 23 Kubikmeter Werksteine aus Granit für die Auflagerung der Ketten kommen.

Der Entwurf der Kaiserbrücke zeigt eine Hängebrücke mit Versteifungsträgern. Die Höhenlage der Brücke ist durch die Interessen der Schiffahrt bestimmt, die gerade an dieser Stelle des Oderstromes besonders schwerwiegend sind. Der höchste schiffbare Wasserstand ist von der Oderstrombauverwaltung auf Ordinate und 116,75 N. N. festgesetzt. Deshalb ist der Untergrund des Versteifungsträgers derart geformt, daß auf 100 Meter Breite eine lichte Durchfahrtshöhe von 3,35 Meter und mehr, und auf 66,67 Meter Breite eine solche von 3,70 und mehr verhanden ist; die größte lichte Durchfahrtshöhe in der Mitte der Brücke beträgt 3,98 Meter. Diesen Maßen entspricht ein parabolisch geformter Untergurt mit 82 Zentimeter Pfeil, gemessen vom Scheitel bis zur Verbindungslinie der Auflagerpunkte. Mit Rücksicht auf die ausgedehnten, ohnehin schon tief in die bestehenden Verhältnisse einschneidenden Rampenanlagen war es ausgeschlossen, die Versteifungsträger unterhalb der Fahrbahn anzuordnen; man mußte sich entschließen, die Tragwände ganz außerhalb der Brückentafel zu legen. Die Folge davon war wieder eine sehr schwere Fahrbahntafel. Die Gradiente der Brückenfahrbahn ist nach einer Parabel von 57 Zentimeter Pfeil gekrümmt, die beiderseitigen Rampenanlagen schließen sich tangential mit $^1/_{50}$ Gefälle an diese Parabel an; der Obergurt des Versteifungsträgers läuft der Fahrbahngradiente parallel.

Die Kette selbst bekommt 126,6 Meter Stützweite bei $^1/_{10}$ Pfeil und nähert sich dem Obergurt des Versteifungsträgers im Brückenscheitel bis auf rund 2 Meter. Die unter einem Winkel von 35 Grad angeordneten Rückhaltketten werden in 23,5 Meter Entfernung von den Aufhängepunkten senkrecht in die Rückhaltkettenfundamente geführt und dort verankert. Während die Stützweite des Versteifungsträgers 114 Meter beträgt, kommt die lichte Weite der Brücke auf 112,5 Meter. Die Nutzbreite der Brücke zwischen den Geländern ist auf 18 Meter bemessen, wovon 11 Meter auf die Fahrbahn und je 3,5 Meter auf die Fußsteige entfallen. Die Breite der Fußwege vermindert sich an den Brückentoren auf 2,5 Meter, weshalb zur Entlastung die Fußwege an diesen Stellen geteilt sind und um die Portalpfeiler herumgeführt werden. Mit der Festsetzung dieser Abmessungen hat man sich nach verschiedenen bedeutenden Brücken der Neuzeit gerichtet, wie nach der Karlsbrücke in Stuttgart-Cannstatt mit 18 Meter Breite, der Karolabrücke in Dresden mit 16, der Königsbrücke in Magdeburg mit 18, der Elisabethbrücke in Budapest mit 18 Meter Gesamtbreite. Die Befestigung der Fahrbahn erfolgt mit 1287 Quadratmeter Pflaster aus australischem Hartholz auf Betonunterbettung; für das Brückentragewerk nebst den Auflagekörpern aus Stahlguß sind 2100 Tonnen Flußeisen zu liefern.

Grundlegend für die Gestaltung der Brücke war die Forderung der Strombauverwaltung, daß der Strom im Schiffahrtsinteresse tunlichst durch keine Pfeilerbauten eingeschränkt werden sollte, da an dieser Stelle die aus dem Umgehungskanal kommenden Schiffe wenden und zu Schleppzügen für die Weiterfahrt nach Oberschlesien zusammengestellt werden. Daher müssen während des Baues auch im Aufstellungsgerüste die Schiffahrtsinteressen durch Herstellung der erforderlichen Durchfahrten berücksichtigt werden. Nachdem nun innerhalb eines Baujahres die Verankerung der Rückhaltketten fertiggestellt ist, begann das zweite Baujahr mit der Herstellung des Aufstellungsgerüstes für die Kettenpfeiler nebst Fundamenten, um dann das Eisentragwerk zu montieren. Bauleiter ist Dr. ing. Trauer aus Niederlößnitz.

Warnung vor „Kranken"kassen.

Trotz der unendlich vielen Warnungen in der Arbeiterpresse und der ausführlichen Abhandlungen über die Geschäftsgebarungen der Krankenkassen mit großen Namen und den viel versprechenden Prospekten in den Jahresberichten der deutschen Arbeitersekretariate vergeht selten ein Tag, an dem nicht Mitglieder irgendeiner derartigen Kasse versuchen, durch Vermittelung der Arbeitersekretariate die Kassen zur Erfüllung der eingegangenen, von den Mitgliedern durch die Beitragszahlung erworbenen Rechte zu zwingen. Durch unausgesetzte Kritik und die Hinweise auf die uns in der Praxis bekannt gewordenen Tatsachen ist der bekannten Deutschen Kranken- und Sterbe-Versicherungsanstalt in Bautzen die Möglichkeit, neue Mitglieder zu werben, nahezu genommen. Jetzt liegt uns, so schreibt das Arbeitersekretariat in Dresden, ein neues Statut vor. Das Titelblatt ziert nicht wie bei der Bautzner Krankenkasse die Germania, sondern ein Adler auf der Erdkugel, es ist das Statut der Allgemeinen Deutschen Kranken- und Begräbnis-Versicherungs-Anstalt (E. H. 8) in Eisenach. Das aus 43 Paragraphen bestehende Statut ist, wörtlich das der Bautzner Krankenkasse, nur die Namen der Vorstandsmitglieder sind andere.

Wir vermuten, mit Rücksicht auf die vollständige Uebereinstimmung der Statuten, daß die Entrepreneure beider Kassen ein und dieselben Personen sind. Oder es haben die für die Vorstandsmitglieder so überaus günstigen Ergebnisse der Kassen ähnlichen Kalibers andere Leute veranlaßt, auf Kosten derer, die leider nicht alle werden, sich durch Gründung einer derartigen Kasse eine fette Pfründe zu schaffen. Die mündlich gegebenen Versprechungen der Werbeagenten dieser Kassen, die nach den uns gewordenen Mitteilungen mit den Bestimmungen des Statuts vielfach im Widerspruch stehen, sind für die Kasse auf keinen Fall verbindlich, für die Eintretenden aber oftmals Anlaß, diese Versprechungen als bare Münze zu nehmen und ihr sauer verdientes Geld Kassen anzuvertrauen, die nicht wegen der Unterstützung der erkrankten Mitglieder, sondern dazu errichtet sind, den Herren „Direktoren" für ihre wenig mühevolle Arbeit große Einnahmen zu sichern.

Wir wiederholen von neuem, daß es im Interesse jedes einzelnen selbst liegt, daß er keinen Aufnahmeschein, überhaupt nichts, unterschreibt, bevor er sich nicht über die Zweckmäßigkeit und die Tragweite einer gegebenen Unterschrift oder eines Beitritts vergewissert hat. Krankenkassen ist auf keinen Fall eher beizutreten, als bis man nicht das Statut der Kasse durchgelesen und begriffen hat.

*** Der Regierungspräsident in Nöten und Verlegenheit.** Die Straßendemonstranten vom 31. Januar hatten bekanntlich gegen Bienko Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingelegt, auf die er jüngst folgende verlegene Antwort gab:

Auf die von Ihnen im Namen von neun bei der Straßendemonstration am 31. Januar cr. beteiligten Personen bei mir eingereichte Beschwerde vom 15. v. Mts. erwidere ich Ihnen nach Prüfung der Sachlage, daß die angefochtenen Maßnahmen des Herrn Polizeipräsidenten nicht, wie Sie annehmen, gemäß §§ 127 und 112 ff. der Strafprozeßordnung, sondern auf Grund des § 6 des Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 und des § 162 der Strafprozeßordnung angeordnet worden sind.

Hiernach sehe ich keinen Anlaß, von Aufsichts wegen einzuschreiten und weise Ihre Beschwerde als unbegründet zurück.

J. V.: gez. (Unterschrift.)

Das klingt sehr wuchtig und bestimmt, ist aber nichts wie ein Verlegenheitsprodukt, erzeugt in dem Bestreben, unter allen Umständen den entgleisten Polizeipräsidenten zu schützen. Denn der § 6 des oben angezogenen Gesetzes lautet:

„Die ... Behörden, Beamten und Wachtmannschaften sind befugt, Personen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, wenn der eigene Schutz dieser Personen oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe diese Maßregel dringend erfordern ...."

Wo steht darin ein Wort, wonach man Staatsbürger 20 Stunden wegen nichts und wieder nichts einsperren und ihnen 1,20 Mark wegnehmen kann? Im Gegenteil! Dieser Paragraph beweist ja gerade, daß Bienko zu seinem Vorgehen kein Recht hatte, denn weder erforderte der eigene Schutz der Wahlrechtsdemonstranten, noch die Aufrechterhaltung der „Ruhe" die Verhaftung der 19 Personen. Wer in aller Welt mag nur den Regierungspräsidenten auf diesen Paragraphen gebracht haben?

Noch mehr ist diese Frage am Platze, wenn man sich den weiter angeführten § 162 der Str.-Pr.-O. betrachtet. Der lautet nämlich:

„Bei Amtshandlungen an Ort und Stelle ist der Vorsitzende, welcher dieselben leitet, befugt, Personen, welche seine amtliche Tätigkeit vorsätzlich stören oder sich den von ihm innerhalb seiner Zuständigkeit getroffenen Anordnungen widersetzen, festzunehmen und bis zur Beendigung seiner Amtsverrichtungen, jedoch nicht über den nächstfolgenden Tag hinaus, festhalten zu lassen.

Wo in aller Welt steht da ein Wort davon, daß man Hochrufe auf das Wahlrecht mit 20 Stunden Freiheitsberaubung und 1,20 Mk. Kosten bestrafen darf? Wo? Es sieht wahrhaftig so aus, als seien dem Beamten, der dem Regierungspräsidenten die Schriftstücke zur Unterzeichnung vorlegt, die Paragraphen durcheinander gefallen. Ebenfalls bei dem Eifer, unter allen Umständen die Polizei zu schützen. Wir sind neugierig, was nun die oberen Instanzen zu dieser Art, Polizeimaßregeln zu verteidigen, sagen werden.

*** Eine Zentrale für Jugendfürsorge** ist am Dienstag Nachmittag in einer Versammlung von Vertretern verschiedener Vereine, die in einem Schöffengerichtssaale des Landgerichtsgebäudes tagte, endgültig gegründet worden. Der Vorsitzende des Breslauer Jugendgerichts, Amtsgerichtsrat Seifert, gab eine Uebersicht über seine Bemühungen, die Vereine zur Jugendgerichtshilfe heranzuziehen, seit er vor dreizehn Monaten die Leitung des hiesigen Jugendgerichts übernommen hatte, das als zweites in Preußen unmittelbar nach dem Jugendgericht in Frankfurt a. M. gegründet worden war. Die erste Hilfe fand er bei den Damen des Schlesischen Frauenverbandes, und so hoffte man, langsam aus der Praxis zur Zentrale zu gelangen, als von seiten der Regierung eingegriffen und auf Veranlassung des Oberpräsidialrates Michaelis zu einer Besprechung im Oberpräsidium eingeladen wurde, die zur Gründung eines Ausschusses und in der Folge zur Aufstellung von Satzungen und Wahl eines provisorischen Vorstandes führte. Inzwischen hat sich auch ein Verein männlicher Helfer gebildet, dem namentlich Studenten der Rechtswissenschaft und Referendare beitreten sollten, da sie sich auf diese Weise Vorkenntnisse erwerben könnten, die sie später zu berufenen Vormundschafts- und Jugendrichtern machen würden. Herr Friedrich Ollendorff, stud jur., ist bereit, Meldungen entgegenzunehmen. Ebenso ist es wünschenswert, daß die Vereine unter ihren Mitgliedern Helfer und Helferinnen werben für die Rettung der gefährdeten Kinder.

Die Ausschußsitzungen sollen regelmäßig einmal vierteljährlich einberufen werden und Frau Marie Wegner gab noch dem Wunsche nach vorgebildeten Helfern und Helferinnen Ausdruck. Um dies zu ermöglichen, werden voraussichtlich im Herbst Kurse veranstaltet werden, die Vorträge und praktische Unterweisung bieten werden. Da aber besonders für die Schutzaufsicht noch nicht genug Kräfte zur Verfügung stehen, ist unablässige Werbung erforderlich, und so wird auch an die Vereine, die bisher der Zentrale noch fern stehen, der dringende Wunsch gerichtet, ihr beizutreten, wie auch alle Einzelpersonen willkommen sind, die helfen wollen, das vorgesteckte Ziel zu erreichen.

Die Arbeit der Zentrale soll sich nicht nur auf solche Kinder erstrecken, die bereits auf Abwege geraten sind, sondern auch auf diejenigen, die sich mangels genügender Aufsicht in Gefahr befinden, zu verkommen.

*** Aehnlich wie in Breslau** scheint auch der Rat (Magistrat) von Dresden die Arbeitslosen sehr von oben herab zu behandeln. In Dresden haben, allerdings im Gegensatz zu den Breslauern, die städtischen Kollegien den Betrag von 30.000 Mk. aus städtischen Mitteln für in Dresden wohnende Arbeitslose zur Verfügung gestellt. Der von den Stadtverordneten genehmigte Beschluß des Rates Arbeitslosen der Unterstützung auch (wie das nach Bender riecht!) „würdig" sein sollen. Auf dem Armenamt, wohin sich die Arbeitslosen mit ihrem Gesuch zu wenden haben, scheint man eine recht sonderbare Auffassung über die vorschriftsmäßige Würdigkeit zu haben. So wird der „Dr. Volksztg." in einem Falle berichtet, daß man den Gesuchsteller abgewiesen hat, weil er wegen Beteiligung an einer Wahlrechtsdemonstration zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde. „Würdig" seien nur die Personen, die noch nie in ihrem Leben gerichtlich oder polizeilich bestraft sind!

Eine solche Auslegung des allerdings schwammigen Begriffes „würdig" ist durchaus unhaltbar, und es ist sehr bezeichnend, daß man den armen Arbeitslosen den schweren Gang um die Unterstützung auch noch derartig zu verekeln sucht.

*** Die Auswanderung ländlicher Arbeiter aus Russisch-Polen** nach Deutschland nimmt, wie die täglich durch Breslau ziehenden kofferbepackten Trupps beweisen, immer mehr trotz aller traurigen Erfahrungen, welche so viele dieser armen „Sachsengänger" machen müssen. Es schreckt nicht, daß die deutsche bezw. preußische Polizei täglich zahlreiche Personen zurückweist und zur Rückkehr nach Rußland zwingt. Der Warschauer Generalgouverneur empfiehlt daher den Gouverneuren der benachbarten Gouvernements, der Bevölkerung der Nachbarkreise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, daß die Werbebureaus in Deutschland die Dörfer mit Zirkularen überschütten, worin die ländlichen Arbeiter zur Auswanderung nach Deutschland verleitet werden mit der Vorspiegelung, daß man dort täglich 2 bis 4 und 5 Rubel (1 Rubel gleich 2,16 Mk.) verdiene. Diese Zahlen sind natürlich mächtig hinaufgeschwindelt. Denn nach den übereinstimmenden Berichten der russischen Konsuln übersteigt der Verdienst der ländlichen Arbeiter nicht 1 Mark 20 Pfg. täglich, das sind 58 Kopeken; der Fabrikarbeiter aber erhält nicht mehr wie 1 Rubel und 20 Kopeken, und das auch nur in Ausnahmefällen, denn der gewöhnlichste Lohn beträgt nur 1 Rubel. Unwahr ist ferner die Behauptung, daß das Leben in Deutschland billiger ist, als in Russisch-Polen; umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Kreisbehörden möchten daher die Gemeinden von diesem Stande der Dinge in Kenntnis setzen.

*** Der Gendarm hat zwar gefehlt — aber ...** In Deutsch-Lissa bei Breslau hatte im vorigen Herbst der Gendarm Kretschmer allerlei Handlungen begangen, über die sich Genosse Scholich beim Regierungspräsidenten beschwerte. Darauf erhielt er dann, wie wir kürzlich erfuhren, folgende originelle Antwort:

Auf die Beschwerde vom 2. November d. J. eröffne ich Ihnen, daß es allerdings dem Wortlaut des § 13 des Reichsvereinsgesetzes entsprochen haben würde, wenn der Gendarmerie-Wachtmeister Kretschmer sich gelegentlich der am 20. September d. Js. in Deutsch-Lissa abgehaltenen Volksversammlung, ohne Ihre Anfrage abzuwarten unter Kundgebung seiner Eigenschaft als Beauftragter der Polizeibehörde zu erkennen gegeben hätte. Wenn er dies unterlassen hat, so kann ihm aber daraus unter den vorliegenden Umständen ein nennenswerter Vorwurf nicht gemacht werden, weil er als Ortsgendarm allgemein wohlbekannt war und daher, zumal er in Uniform erschien, voraussetzen durfte, daß über den Zweck seines Erscheinens jeder Zweifel ausgeschlossen war. Uebrigens ist Ihre Auffassung, daß ein nur als Zuhörer und nicht in dienstlicher Eigenschaft erscheinender Polizeibeamter an einer Versammlung nur teilnehmen dürfe, wenn er nicht bewaffnet sei, insofern irrtümlich, als das in § 11 a. a. O. ausgesprochene Verbot des Waffentragens sich ausdrücklich nicht auf diejenigen erstreckt, welche vermöge öffentlichen Berufs zum Waffentragen berechtigt sind. Das ist selbstverständlich bei Gendarmen unbedingt der Fall.

Wenn Sie ferner nach Ihren eigenen Angaben in der Beschwerde vom 21. September d. J. die Ihnen seitens des Gendarmerie-Wachtmeisters erteilte Antwort und den Ton als ungehörig gerügt haben, so bemerke ich, daß Ihnen ein derartiges Rügerecht gegen den überwachenden Polizeibeamten keineswegs zustand, sondern lediglich ein Beschwerderecht, und daß Sie daher selbst die von Ihnen einzuhaltenden Grenzen überschritten haben.

Was die späteren Vorgänge anlangt, so würde ich es allerdings für richtiger gefunden haben, wenn der Wachtmeister Kretschmer sich Ihnen gegenüber eine größere Zurückhaltung auferlegt hätte. Sie haben aber seine Aeußerungen dadurch selbst herausgefordert, daß Sie in Ihrer Rede an dem Verhalten der Lissaer Behörden und Beamten, und speziell des Wachtmeisters, spöttische Kritik übten.

Der Letztgenannte wird mit entsprechendem Bescheide versehen werden.

Es wird also mehrmals zugegeben (wenn auch in rücksichtsvoll verblümter Form), daß der Hüter des Gesetzes unkorrekt gehandelt hat. Aber trotzdem wird der Rüffel in einer Form gegeben, die von zarter Rücksichtnahme nur so trieft. Wenn man doch diese zarte Rücksichtnahme auch nichtuniformierten Staatsbürgern gegenüber üben möchte!

*** „Mann mit zugeknöpften Taschen ..."** Ein Wohltätigkeitskonzert fand Dienstag Abend im großen Saale des Konzerthauses statt. Der Reinertrag sollte den vom Hochwasser Geschädigten zukommen. Aber wie noch jedesmal, wenn die Breslauer Bourgeois wohltun sollten, glänzten sie durch Abwesenheit! Sie wollen mit ihrer „Wohltätigkeit" nur da glänzen, wo es allgemein bemerkt und in die Zeitung gebracht wird, wo sie mit Toiletten und heiratsbedürftigen Töchtern prunken und ihrem Magen etwas zuführen können. Die mitwirkenden Künstler, die wirklich Gutes boten, waren deshalb gezwungen, vor leeren Stühlen zu agieren. Erst gegen 9 Uhr, als man schnell einige hundert Personen mit Freibillets glücklich gemacht, war ein beifallsfröhliches und dankbares Publikum da, das den Mitwirkenden einigermaßen die gute Laune erhielt. Das zahlungsfähige „bessere" Publikum aber fürchtete, (übrigens sehr zu Unrecht), für einen Taler nicht genügende Gegenleistungen zu erhalten und kümmerte sich um die Ueberschwemmten nicht. Es hält es auch hier mit dem Goetheschen Sprichworte:

Mann mit zugeknöpften Taschen
Dir tut niemand was zu lieb.
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn Du nehmen willst, so gib!

*** Er hat genug.** Der Herausgeber des „Feierabend", Kommerzienrat Meyer, hatte es sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht, alle Blätter, die es wagten, an seinen Geschäftspraktiken Kritik zu üben, vor den Kadi zu zitieren. Aber Herr Meyer hat mit dieser Verfolgungssucht unbequemer Kritiker schlechte Erfahrungen gemacht. In Erkenntnis dieser Tatsache hat Herr Meyer in einer Klage gegen den Redakteur Hirsch vom Offenbacher Abendblatt den Amtsgericht Leipzig, wo Herr Meyer alle diese Klagen anhängig zu machen pflegte, durch seine Rechtsanwälte folgenden Brief geschickt:

„In der Privatklagesache Meyer gegen Hirsch hat der Privatkläger folgendes zu erklären:

Der Privatkläger hat sich genötigt gesehen, eine größere Anzahl von Redakteuren sozialdemokratischer Zeitungen

wegen grober Ehrverletzungen zu belangen, und es sind bereits gegen eine Anzahl von Beschuldigten auf erhebliche Strafen erkannt worden. Dies hat jedoch die Beschuldigten nicht abhalten können, in den gerichtlichen Verfahren den Privatkläger fortgesetzt persönlich und an seiner Ehre anzugreifen, und zwar offenbar in der Absicht, der sozialdemokratischen Presse immerfort neue Gelegenheit zu geben, ihrerseits durch tendenziöse Berichterstattung den Privatkläger und sein Unternehmen zu verunglimpfen. Einer solchen Kampfesweise sich weiterhin auszusetzen und derselben Vorschub zu leisten, sieht der Privatkläger keine Veranlassung. Er zieht deshalb die vorliegende Privatklage zurück, wie er auch in den sonst in Betracht kommenden Sachen entsprechende Entschließung fassen wird."

Der unvermuteten „Erklärung" des Herrn Meyer folgte ein Gerichtsbeschluß, daß der angesetzte Termin aufgehoben sei und die Klage eingestellt werde. Auch seine Klage gegen unsere „Volkswacht" zog der Feierabendmann zurück. Herr Meyer hat es satt, Spießruten zu laufen. Er wollte sich darum „einer solchen Kampfesweise" weiterhin nicht mehr aussetzen. Oder — er fand die Klagen zu seiner Rolle als „Wohltäter der Menschheit" wenig passend. Welche Erkenntnis ihm allerdings etwas spät gekommen zu sein scheint.

* **Gute Gewinne trotz der Krise** hat die Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft 1908 zu verzeichnen. Die Betriebseinnahmen beziffern sich insgesamt auf 3.271.625,10 Mk., überschreiten also die Einnahmen des Vorjahres um 56.054,80 Mk. Der Personalbestand betrug am 31. Dezember 961 Personen gegen 907 in 1907. Der Wagenpark zählt 100 zweiachsige und 50 vierachsige Motorwagen, 111 geschlossene und 120 offene Anhängewagen, 3 zweiachsige Motorwagen waren am Jahresschluß im Bau nahezu vollendet und mit der Herstellung von weiteren 10 geschlossenen Anhängewagen wurde vor kurzem begonnen. Weiter heißt es in dem Geschäftsbericht: Die Betriebsausgaben belaufen sich einschl. Zinsen und Abschreibungen auf 62.12 Prozent, mit Zinsen und Abschreibungen auf 75.40 Prozent der Betriebseinnahmen. Die Kosten pro Wagenkilometer betrugen 19.18 bezw. 23.28 Pfg., wobei die Anhängewagenkilometer voll gerechnet sind. Für die Mitbenutzung der Anlagen durch die Städtische Straßenbahn wurden der Breslauer Straßen-Eisenbahngesellschaft als Entschädigung für Abnutzung 16.875,22 Mk. gezahlt. Der Reingewinn des Jahres beträgt 866.877,25 Mark; davon erhält die Stadtgemeinde die Hälfte, also 433.188,64 Mark. Der Gesellschaft verbleibt hiernach als Anteil aus 1908 398.528,64 Mark, wozu noch ein Vortrag aus 1907 in Höhe von 11.214,78 Mark kommt, insgesamt also 409.828,87 Mark. Nach Abzug der Tantiemen des Aufsichtsrates steht der Rest von 398.741,08 Mark zur Verfügung der Generalversammlung und gestattet die Verteilung einer Dividende von sechs Prozent gleich 390.000 Mark. Als Vortrag auf 1909 verbleiben 8.741,08 Mark. — Im Jahre 1923 wird der Betrieb von der Stadt übernommen. Den zeitigeren Anfällen hat leider die Stadt verpaßt.

* **Achtung, Sattler!** In der Versammlung am 24. d. M. wird Kollege Bartsch Bericht erstatten vom Verbandstage in Köln.

* **Eisen-, Metall- und Revolverdreher.** Sonntag, den 25. April cr., Vormittags Punkt 11 Uhr, findet im Zimmer Nr. 1 des Gewerkschaftshauses eine Bezirksversammlung der Kollegen des Ostbauer Bezirks statt. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig und reichhaltig und wird daher eine rege Beteiligung erwartet.

Die Branchenleitung.

* **Nachwehen vom Hochwasser.** Die abgerutschte Uferböschung des Ladeterrains des Stadthafens am Ausgange des Schiffahrtskanals ist, nach der „Schles. Ztg", in einer Länge von etwa 30 Meter zusammengebrochen. Das Ufer ist wahrscheinlich durch das andauernde Hochwasser unterspült worden. Die zusammengebrochene Stelle ist durch ein Fähnchen markiert worden, das weithin sichtbar ist. Ein Kahn mit Material zur vorläufigen Ausbesserung liegt bereits seit gestern an der eingestürzten Uferstelle.

* **Wichtig für alle Krankenkassen-Funktionäre.** Wie wir bereits mitteilten, ist der Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung in Druck erschienen. Wegen des riesigen Umfanges und hohen Preises der Versicherungsordnung (3.10 Mk.) hat der Hauptverband der Ortskrankenkassen Schlesiens beschlossen, eine billigere Ausgabe für die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkassen Schlesiens herstellen zu lassen, und zwar soll das zweite Buch, enthaltend die Krankenversicherung, §§ 197—631 der Reichs-Versicherungsordnung, im Neudruck hergestellt werden zur Abgabe an die Kassenvorstände. Wir glauben, dasselbe, je nach der Auflage, schon für 30 Pfg. das Exemplar liefern zu können. Um die Höhe der Auflage recht schnell bestimmen zu können, ersuchen wir die geehrten Kassenvorstände, uns umgehend die Zahl der gewünschten Exemplare mitteilen zu wollen, da zufolge dieser Billigkeit anzunehmen ist, daß wenigstens soviel Exemplare bestellt werden dürften, wie Vorstandsmitglieder vorhanden sind. Eine Nachlieferung kann nicht stattfinden. Wir ersuchen daher um recht baldige Angabe der gewünschten Zahl der Exemplare. Der Betrag hierfür wird mit der Lieferung per Postnachnahme erhoben.

Bestellungen können auch im Arbeiter-Sekretariat und in der „Volkswacht" aufgegeben werden, aber nur bis zum 30. April.

* **Vorstellung für Minderbemittelte.** Dienstag, den 27. d. Mts., Abends 7½ Uhr wird als Vorstellung für Minderbemittelte Wildenbruchs Drama „Die Rabenmutter" im Thalia-Theater aufgeführt werden. Anmeldungen auf Eintrittskarten und — nur schriftlich — an Herrn Eugen H. Bernhard, VII, Sadowastraße 60, pt., zu richten, bei welchem Montag, den 26. d. M., Vormittags 10—1 Uhr (nur in dieser Zeit) die Ausgabe der zugeteilten Karten stattfinden wird.

* **Oeffentliche Versammlung.** Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Breslau, veranstaltet Dienstag, den 27. April cr., Abends 8 Uhr im kleinen Saale des Konzerthauses hier, Gartenstraße, eine öffentliche Versammlung, in der Herr Professor Dr. Heilborn einen Vortrag über das Thema „Die neueste Entwickelung der orientalischen Frage und das Völkerrecht" halten wird. Der Eintritt zu dieser Versammlung ist frei. Gäste, Männer und Frauen aller Stände, sind willkommen.

* **Für Krankenkassen-Mitglieder.** Der Magistrat veröffentlicht in vorliegender Nummer der „Volkswacht" in seiner Eigenschaft als Aufsichtsinstanz für Krankenversicherung die Vorschriften über Krankmeldung, Verhalten der Kranken und Krankenaufsicht, wie sie im § 24 des Statuts der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker festgelegt sind. Wir geben den Interessenten den Rat, sich diese offizielle Bekanntmachung auszuschneiden und aufzubewahren, damit sie in Fällen des Zweifels sofort die statutarische Belehrung bei der Hand haben.

* **In der Bernhardin-Kirchengemeinde** sind, wie Propst Dede im Jahresbericht mitteilte, im verflossenen Jahre 36 Personen aus der Kirche ausgetreten und zwar meist, weil sie zur freireligiösen Gemeinde übergingen. Das sind ja nicht viel, aber doch immerhin genug, um einen Fortschritt zu erkennen. In diesem Jahre werden es sicher 72 sein.

* **Unglücksfall oder Selbstmord?** Aus einem Wassertümpel auf dem Hofe des Dominiums Gräbschen wurde die Frau eines angeblich dem Trunke ergebenen Dominialarbeiters als Leiche herausgezogen.

† **Gefunden wurde:** eine weiße Damenbluse, ein Kettenarmband, zwei Portemonnaies mit Inhalt, eine silberne Taschenuhr, ein „Leitfaden der Botanik", ein biblisches Lesebuch, ein buntes Kinderkleidchen, ein Damenschirm, ein Band Schillers Gedichte, ein Geldtäschchen mit 50 Mk. Inhalt. Ferner: drei Portemonnaies mit Inhalt, zwei silberne Damenuhren, ein goldener Trauring, ein goldenes Medaillon, eine Nickelbrille, ein Anhänger, ein Handtäschchen mit Inhalt, ein Kinderarmband, ein Paar Lederstiefel, zwei Schlüsselbunde, ein Fahrradständer, ein Handschuhbeutel, mehrere Schlüssel und verschiedene Papiere. — Zugelaufen ist ein brauner und weißgefleckter Jagdhund bei Schätz, Ring 57.

Aus Schlesien und Posen.

Ablaß-Feste ohne Klimbim.

Gegen den Jahrmarktsrummel bei Ablaßfesten hat der Landrat des Kreises Beuthen nachstehende Verfügung erlassen:

„Von kirchlicher Seite ist bei mir zur Sprache gebracht worden, daß die aus Anlaß der sogenannten (?) kirchlichen Ablaßfeste stattfindenden Lustbarkeiten, sowie die Aufstellung von Schauspiel- und Verkaufsbuden einen unerwünscht großen, mit dem Charakter jener Feste in Widerspruch stehenden Umfang angenommen haben. Die Schaukel- und Schaubudenbesitzer sollen vielfach bereits zwei Wochen vor Beginn des Ablaßfestes an dem betreffenden Orte eintreffen und erst eine Woche nach Beendigung desselben den Ort verlassen. Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung, sowie zur Wahrung des sittlich-ernsten Charakters der in Frage kommenden kirchlichen Feste ersuche ich die Herren Amtsvorsteher des Kreises, auf eine tunlichste Einschränkung dieser Belustigungen hinzuwirken."

Diese landräthliche Kundgebung bedeutet für die Gewerbetreibenden, die seit vierzehn Tagen und länger mit den Vorarbeiten zu den Festen beschäftigt sind, eine Schädigung der Einnahmen. Aber auch die katholische Kirche wird eine Abnahme der „Ablaßbedürftigen" zu verzeichnen haben; denn viele hielten ein solches Fest nicht für ordnungsgemäß, ohne sich einmal auf der Luftschaukel, im Karussell, an der Paschbude, am Glücksrade, oder bei einer — Prügelei amüsiert zu haben.

Brieg, 21. April. Die unersättliche Kirche. Nicht genug, daß die Steuerzahler mit allerhand direkten und indirekten Steuern beglückt werden, sind sie außerdem noch der Kirche, von ihrem schon ohnehin kargen Lohn noch tributpflichtig. Bis jetzt waren 12 Prozent der Einkommensteuer zu zahlen. Da man aber nicht schnell genug das Kirchensäckel damit füllen konnte, so wurde beschlossen, 13 Prozent zu erheben. Selbstredend haben diese Steuer auch diejenigen zu zahlen, welche in die Kirche garnicht gehen. Daher nun diese Arbeiter besser, sie treten aus der Kirche aus. Der Austritt ist mündlich oder schriftlich beim Amtsgericht zu Protokoll zu geben und nach Verlauf von vier Wochen jedoch vor Verstreichung der sechsten Woche ist diese Willenserklärung nochmals persönlich abzugeben, womit dann der Austritt als erfolgt gilt. Hoffentlich machen recht viele Arbeiter diesen Schritt und befreien sich so der kirchlichen Fesseln.

Brieg, 21. April. Wahlverein. In der letzten Versammlung wurde, da der bisherige Kandidat, Genosse Löbe, eine weitere Kandidatur für die nächste Reichstagswahl abgelehnt hatte, Genosse Scholtch einstimmig gewählt. Die Abrechnung für das erste Quartal 1909 ergab eine Einnahme von 284,21 Mk. und eine Ausgabe von 238,20 Mk. Die seit März erfolgte Erhöhung des Beitrages um 5 Pfg für den Monat hat auch einige Genossen veranlaßt, aus dem Verein auszutreten, doch ist deren Verlust durch den Beitritt neuer Mitglieder ausgeglichen. In den Jugend-Ausschuß wurden vier Genossen gewählt, die in Gemeinschaft mit den vom Gewerkschaftskartell gewählten Vertretern eine Versammlung der jugendlichen Arbeiter einberufen werden. Die Maifeier soll am 1. Mai Abends im Vereinslokal bei Hoffmann stattfinden, wo ein Referat gehalten werden soll. Sache der Genossen und Gewerkschaftler ist es, dafür Sorge zu tragen, daß die Feier würdig begangen wird, indem alle erscheinen. Auch ein Maiausflug wurde angeregt und wurden die Arrangements dem Vorstande überlassen. Beschlossen wurde ferner, mindestens alle Vierteljahre einen wissenschaftlichen Vortrag abzuhalten.

Schweidnitz, 22. April. Der Genossenschaftsgedanke marschiert. Daß auch hier der genossenschaftliche Gedanke sich immer mehr Bahn bricht, das zeigte so recht deutlich eine vom hiesigen Gewerkschaftskartell am letzten Dienstag einberufene Versammlung hiesiger Konsumenten. Die Versammlung, die im Vereinszimmer des „Volksgarten" tagte, war von zirka 150 Personen besucht. Nach einem zirka einstündigen vom Genossen Piorkowski aus Gottesberg gehaltenen Vortrage über „Rabattsparvereine oder Konsumvereine" wurde zur Gründung eines „Konsumvereins für Schweidnitz und Umgegend" geschritten. Eingezeichnet haben sich zirka 90 Personen. Der Geschäftsanteil beträgt 30 Mark, das Eintrittsgeld 50 Pfg. Hierauf wurden die Statuten beraten und angenommen, der Aufsichtsrat und der Vorstand gewählt. Mit der Gründung eines Konsumvereins wäre somit der erste Schritt der Selbsthilfe auf genossenschaftlichem Gebiete auch hier in Schweidnitz getan. Allerdings wird es angestrengter und mühevoller Tätigkeit bedürfen, wenn das nun einmal gesteckte Ziel erreicht werden soll. Aber angesichts der großen Vorteile, die ein Konsumverein gerade am hiesigen Platze für die Mitglieder haben dürfte, darf auf ein gemeinsames Zusammenarbeiten der beteiligten Kräfte gerechnet werden.

Freiburg, 21. April. Wer andern eine Grube gräbt .... Aufsehen erregt die gerichtliche Verurteilung eines hiesigen „angesehenen" Bürgers. Dieser, ein Dachdeckermeister, denunzierte einen Lehrer bei Freiburg wegen Wuchers. Die Strafkammer in Schweidnitz erkannte jedoch gegen den Lehrer auf Freisprechung. Daraufhin zeigte der Lehrer den Dachdeckermeister wegen Unterschlagung von 300 Mark Vereinsgeldern an. Die schöffengerichtliche Verhandlung ergab die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Dachdeckermeister, welcher das veruntreute Geld inzwischen zurückerstattet hat, wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. — Den Namen des sonst „angesehenen" Bürgers, der dreihundert Mark Vereinsgelder unterschlägt, verschweigt man.

Striegau, 22. April. Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbe. Die stattgefundene General-Versammlung beschäftigte sich unter anderem mit der Frage der Familienunterstützung. Es war beabsichtigt, die Familienväter zu einem Extrabeitrag heranzuziehen, weil die Kosten für Arzt und Apotheke für Familienangehörige im vorigen Jahre allein zirka 3600 Mark betragen haben. Der Vorsitzende führte hierbei aus, daß oftmals Aerzte in Anspruch genommen werden in Fällen, wo ein gewöhnliches Hausmittel besseres leistet, was selbst zwei Aerzte zugegeben haben. Die Versammlung beschloß, vorläufig von einer Aenderung abzusehen, bis zur nächsten General-Versammlung. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, Sterbegeld auch bei Selbstentleibung zu zahlen, wurde einstimmig angenommen. An Stelle des von hier verzogenen Zigarrenmachers Wittig wurde Zigarrenmacher Karl Hain in den Vorstand gewählt. Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß in Krankheitsfällen, bei denen sich Behandlung in einer Klinik erforderlich macht, sowie bei Inanspruchnahme von Spezialärzten immer erst die vorherige Genehmigung des Vorstandes erforderlich ist, wenn ein Anspruch auf Rückzahlung der Kosten anerkannt werden soll.

Striegau, 21. April. Freigesprochene Wahlrechts-Demonstranten. Am Mittwoch standen wieder vier Genossen wegen Teilnahme an einem Auflauf und Störung ruhestörendem Lärm, begangen durch Schreien und Singen auf hiesigem Ringe, vor dem hiesigen Schöffengericht. Nach längerer Beweisaufnahme beantragte der Amtsanwalt für jeden 30 Mk. Geldstrafe. Das Gericht hielt die Angeklagten für nichtschuldig und sprach sie frei. — Nach der Strieganer Rechtsprechung bleiben Straßendemonstrationen straffrei, nach der Breslauer sind sie aber grober Unfug.

Pilgramshain, 22. April. Wahlverein. In der am Sonntag stattgefundenen Mitglieder-Versammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal, welche eine Einnahme von 66,15 Mk. und eine Ausgabe von 41,40 Mk. aufweist. Sodann wurde das schäbige Verhalten des Mitgliedes Friedrich Anders erörtert, welcher bei der Lohnbewegung der hiesigen Steinarbeiter mit noch einem Genossen als Streikbrecher arbeitet. Anders wurde aus dem Verein ausgeschlossen.

Parchwitz, 22. April. Unterschlagung. Der Küster der hiesigen evangelischen St. Andras-Kirche, Ernst Schröder, Vizefeldwebel a. D., ist seit Anfang dieses Monats nach Unterschlagung von Kirchengeldern verschwunden bezw. flüchtig. — Auch diesen jedenfalls sehr frommen Mann hat der irdische Mammon nicht abgehalten, sich einer sogenannten Himmelsstrafe auszusetzen, der die irdische Bestrafung vorangehen wird, wenn er erwischt wird.

Neisse, 22. April. Schwurgericht. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde der verheiratete 39jährige Dachdecker und Besenbinder Josef Schmidt aus Lichtenberg wegen versuchter Notzucht in zwei Fällen und vollendeter Notzucht in einem Falle zu drei Jahren Zuchthaus und den Nebenstrafen verurteilt. Sieben Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Gleiwitz, 22. April. Das kommt davon. Ein in der Moltkestraße wohnhafter Junggeselle kam eines Abend in angefäuseltem Zustande nach Hause. Er irrte sich, im Flur seiner Wohnung angelangt, in der Zimmertür und schnarchte gar bald im Bette seines abwesenden Hauswirts. Auch der Umstand, daß neben diesem Bette noch ein zweites Bett stand, schien ihm sein Unterscheidungsvermögen nicht zurückgerufen zu haben. Als gegen Mitternacht der Hausherr und seine bessere Hälfte das Schlafgemach betraten, fanden sie den Eindringling in tiefem Schlafe vor. Eine Tracht Prügel und die sofortige Ermittlung bildeten den unerwarteten Schluß dieser unangenehmen Verwechselung.

Myslowitz, 22. April. Auf tragische Weise ums Leben gekommen ist auf der Neuen Przemsagrube der Obersteiger Brückner. Als er in den Schacht herunterfuhr, wurde plötzlich die Leitung defekt, so daß die Schale stehen blieb. Der Maschinenwärter gab sofort Gegensteuerung und in diesem Moment lugte der Obersteiger, um nachzusehen, was los sei, dabei kam er an die defekte Leitung, die ihm den Kopf entzwei spaltete. Wen hier das Verschulden trifft, ließ sich bisher nicht feststellen, aber man kann von Glück sagen, daß der Defekt sich nicht während der Seilfahrt einstellte, das Unglück wäre dann nicht zu übersehen gewesen. Brückner war erst seit einem halben Jahre Obersteiger.

Rawitsch, 21. April. Nächtliche Ruhestörung. Unser sonst so ruhiges Städtchen war am Sonntag früh um 2 Uhr der Schauplatz einer gar seltsamen „Demonstration". Ein Fackelzug mit Musik bewegte sich durch die Straßen, und trotz eingedeulter Zylinderhüte vermochte man zu erkennen, daß die Teilnehmer sich aus den Offizieren des hiesigen Regiments und den Spitzen der Zivilbehörden zusammensetzten. An der Promenade wurde Halt gemacht und aus einer gehaltenen Rede konnte man heraushören, daß die nächtliche Ruhestörung dem von hier scheidenden Regimentskommandeur gewidmet war. Unter klingendem Spiel ging es dann wieder nach dem Kasino zurück. Aber wo waren die sonstigen Beschützer der nächtlichen Ordnung. Hinter Ecken und Bäumen konnte man hören: „Ja, dagegen läßt sich nichts machen." Wahrscheinlich werden die Teilnehmer aber jetzt alle ihr Strafmandat erhalten, denn der Bürgermeister versteht keinen Spaß.

Hohensalza, 22. April. Zum Kirchen-Einsturz. Wie gemeldet wird, hat sich der Erdkessel durch Nachsturz eines Stückes Erde in der Nacht zum Montag erweitert und außerdem ist noch ein kleines Stück Mauerwerk von der Kirche fortgerissen worden. Ueber den Kessel ist eine leichte Ueberbrückung geschlagen, um vorzunehmende Arbeiten, Lötungen, Absteifungen usw. zu erleichtern. Die Absperrung des ganzen Kirchenterrains von der Bahnhofstraße bis zum Königsweg, zur Propstei und Thorner Straße ist aufgehoben und auf eine Umzäunung im weiteren Umfange der Unfallstelle beschränkt worden. Der Salzgehalt des aus dem Kessel geschöpften Wassers beträgt 6½ Prozent.

Aus den Gerichtssälen.

Geschichten aus einem Damenklub bildeten die Grundlage eines Beleidigungsprozesses, der am Mittwoch vor dem Berliner Schöffengericht verhandelt wurde. Angeklagt war der Redakteur der „Großen Glocke", Felix Wolff, als Klägerinnen traten fünf Mitglieder des Damenklubs „Neue Damengemeinschaft" auf. Unter Anklage gestellt war ein Artikel des genannten Wochenblattes unter dem vielsagenden Titel „Der Homoseruellenklub — Neue Damengemeinschaft".

In jenem Artikel wird erzählt, daß in dem Damenklub Dinge getrieben würden, die bei Männern Anklagen auf Grund des § 175 zur Folge haben würden. Die Vorsitzende des Klubs sei ein Mannweib, das den etwas extravaganten Geschmack habe, sich anläßlich der Geburtstage der Klubmitglieder in eleganter Herrentoilette und Perücke sehen zu lassen. Ferner wird von einer Rezitatorin T. gesprochen, die in einer Ehescheidungsklage gegen die Schriftstellerin K. als Belastungszeugin aufgetreten war und die haarsträubendsten Dinge behauptet hatte. In der Verhandlung wurde sofort nach der Verlesung des inkriminierten Artikels die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der Vorsitzende gestattete jedoch einem Vertreter der Presse der Verhandlung beizuwohnen. Bei seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte, er sei bereit, den Beweis dafür anzutreten, daß der Klub die Frauenbewegung, Literatur, Musik und die Behandlung anderer wissenschaftlicher oder idealer Dinge lediglich als Deckmantel für die Betätigung gewisser Perversitäten unter den Mitgliedern benutze. Seitens der Klägerinnen wurden diese Behauptungen als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die betreffenden Zeuginnen seien zumeist ehemalige Mitglieder, die aus dem Verein ausgewiesen wurden, da sie andere Mitglieder in unsittlicher Weise belästigt hätten. — Wie eine spätere Meldung besagt, wurde der Angeklagte nach längerer Beratung freigesprochen.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags.

P. K. 1000. Bei der Frage, wann Sie die Wohnung kündigen müssen, kommt es auf die Höhe der Miete gar nicht an. Ob Sie also 12 Mk. monatlich zahlen oder 120 Mk., ist ganz gleichgültig. Die Hauptsache ist, welche Kündigungsfrist wurde verabredet. Ist eine bestimmte Kündigungsfrist weder mündlich noch schriftlich vereinbart worden, so ist die Zahlung der Miete maßgebend. Ist der Mietszins nach Monaten bemessen, dann ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig und hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen.

M. 100. 1. Das Testament kann in der angegebenen Weise aufgesetzt werden. Wenden Sie sich an das Amtsgericht. 2. Ja, es empfiehlt sich Gütertrennung. 3. Sie brauchen keinen Gewerbeschein; es genügt die Anmeldung des Gewerbes beim Magistrat.

W., Liebersdorf. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft ist verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Behandlung zu zahlen.

Ausstattungs-Möbel

in **Nußbaum, Kirschbaum u. Imitation**, in eigener Werkstatt gefertigte **Sofas** in Stoff und Plüsch, **Bettstellen mit guten Matratzen, Spiegel** in allen Größen, sowie alle Arten **Küchenmöbel, große Auswahl und dauerhafte Arbeit zu billigsten Preisen** bei 1419

H. Hoffmann, Friedrich-Wilhelmstraße 86.

„In freien Stunden".

Illustrierte Roman-Bibliothek. Heft 10 Pfennige.

Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.